

## Offene Fragen der Geschichte Band 3

### Chronik von 1800 bis 1899

Napoleons Gewaltherrschaft,  
Wiener Kongreß,  
Kapitalismus,  
Kommunismus,  
Darwinismus,  
Nationalismus,  
Preußisch-Österreichischer Krieg von 1866,  
Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71,  
Gründung des Deutschen Reiches,  
Imperialismus ...

### Band 3/019

### Chronik von 1869 bis 1870

#### 1869

**Preußen:** August Bebel (1840-1913, 1871-1913 Mitglied des Reichstages) und Wilhelm Liebknecht (1826-1900, 1848/49 am Badischen Aufstand beteiligt, ab 1874 Mitglied des Reichstages) gründen im Jahre 1869 in Eisenach die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei" (SDAP).

August Bebel nennt im Jahre 1869 folgende Ziele der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" (x239/154-155): >>Die bürgerliche Demokratie geht von der Ansicht aus, daß die politische Freiheit eigentlich alles sei, was der Mensch verlangen könne, höchstens habe der Staat für eine ausreichende Bildung aller Staatsbürger zu sorgen und die Steuern so einzurichten, daß keiner ungerecht betroffen werde. Das sind drei Dinge die wir akzeptieren, die aber nicht ausreichen.

Der Staat soll allerdings – so meinen auch die Sozialdemokraten – die Freiheit garantieren, aber auch darauf sehen, daß die Freiheit des einen der Freiheit des anderen keinen Schaden bringe.

Die politische Freiheit aber kann keine gleiche sein, wenn ökonomische Ungleichheit existiert. Was nützt ihm (dem Arbeiter) die große politische Freiheit, wenn er dabei hungert, ... um schließlich elend zugrunde zu gehen. ...

Als Zweck des Staates betrachtet die Sozialdemokratie die Herstellung der ökonomischen Gleichheit, also die Errichtung eines auf voller Freiheit und Gleichheit basierenden Staats- und Gesellschaftswesens. ...<<

August Bebel berichtet später in seinen Lebenserinnerungen über seine Herkunft (x145/125-126): >>Mein Vater war der Unteroffizier Johann Gottlob Bebel in der 3. Kompanie des 25. Infanterieregiments. ...

Das "Licht der Welt", in das ich nach meiner Geburt blickte, war das trübe Licht einer zinnernen Öllampe, das notdürftig die grauen Wände einer großen Kasemattenstube beleuchtete, die zugleich Schlaf- und Wohnzimmer, Salon, Küche und Wirtschaftsraum war. ...

Eine preußische Unteroffiziersfamilie der damaligen Zeit lebte in erbärmlichen Verhältnissen. Das Gehalt war mehr als knapp, wie denn zu jener Zeit überhaupt in der Militär- und Beamtenwelt Preußens Schmalhans Küchenmeister war, und so ziemlich jeder für Gott, König und

Vaterland den Schmachtriemen anziehen und hungern mußte. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Ferdinand August Bebel (x802/-581): >>Bebel, Ferdinand August, einer der Führer der sozialdemokratischen Partei, geboren am 22. Februar 1840 zu Köln, besuchte die Dorfschule in Brauweiler, später die Bürgerschule in Wetzlar, kam 1860 nach Leipzig, wo er sich 1864 als Drechslermeister etablierte, warf sich seit 1862 mit Fanatismus in die deutsche Arbeiterbewegung und war seit 1865 Vorsitzender des Leipziger Arbeiterbildungsvereins und Mitglied des ständigen Ausschusses der deutschen Arbeitervereine.

Seit 1869 Mitarbeiter am "Volksstaat" in Leipzig, wurde er 1867 im 17. Wahlkreis (Glauchau-Meerane) des Königreiches Sachsen in den norddeutschen, 1871 in den deutschen Reichstag gewählt. In Schrift und Rede verkündigte Bebel seine sozialdemokratischen Ideen, zeigte sich der Hegemonie Preußens in Deutschland und der Neugestaltung des Deutschen Reiches bei jeder Gelegenheit entschieden feindlich, nahm offen Partei für die Pariser Kommune und die Internationale und sprach in der Reichstagssitzung vom 25. Mai 1871 das Wort: "Krieg den Palästen überall!" mit Gelassenheit aus.

Immer mehr den Umsturzplänen sich hingebend, wurde er 1872 der Vorbereitung des Hochverrates gegen das Deutsche Reich und gegen das Königreich Sachsen angeklagt und nebst seinem Gesinnungsgenossen Liebknecht vom Schwurgericht zu Leipzig am 26. März zu zwei Jahren Festungshaft, wegen Beleidigung des deutschen Kaisers außerdem noch vom Leipziger Gerichtshof am 6. Juli zu neunmonatlicher Gefängnisstrafe verurteilt.

Nachdem er auch 1874 seinen früheren Wahlkreis im deutschen Reichstag vertreten hatte, nahm er 1878 die Wahl in Dresden an, wo er infolge der Haltung der Fortschrittspartei über den früheren Minister von Friesen den Sieg davontrug, und 1884 in Hamburg.

Er schrieb: "Unsere Ziele" (6. Auflage); "Der deutsche Bauernkrieg mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten sozialen Bewegungen des Mittelalters" (Leipzig 1876); "Christentum und Sozialismus"; "Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" (1883); "Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode" (Stuttgart 1884) u.a. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Wilhelm Liebknecht (x810/774-775): >>Liebknecht, Wilhelm, sozialdemokratischer Agitator, geboren am 29. März 1826 zu Gießen, studierte daselbst, in Berlin und Marburg Philologie und Philosophie, beteiligte sich 1848 am badischen Aufstand, saß vom September 1848 bis Mai 1849 in Haft, nahm an der neuen Erhebung für die Reichsverfassung in Baden teil und flüchtete nach deren Unterdrückung erst nach der Schweiz, dann nach England.

1862 kehrte er nach Deutschland zurück und war als Journalist, zeitweilig auch an der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", tätig, wurde aber 1865 wegen seiner sozialdemokratischen Agitationen aus Preußen ausgewiesen und ging nach Leipzig, wo er seit dem 1. Januar 1868 das "Demokratische Wochenblatt", Organ der Volkspartei und des Verbandes deutscher Arbeitervereine, redigierte.

1872 wurde er wegen Hochverrates mit Bebel zusammen zu zwei Jahren Festung verurteilt, die er auf Hubertusburg abbüßte. Während seiner Haft wurde er 1874 im Wahlkreis Stollberg-Schneeberg im Königreich Sachsen in den deutschen Reichstag gewählt, welchem er 1875-87 angehörte. 1879 wurde er auch in die sächsische Zweite Kammer gewählt. Mit Hasenclever redigierte er die Zeitung "Vorwärts" in Leipzig, das Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands.

Liebkecht ist ein fanatischer Preußenhasser, er besonders hat der deutschen Sozialdemokratie den vaterlandsfeindlichen Charakter aufgeprägt. 1886 besuchte er Nordamerika, worüber er Reisebriefe ("Ein Blick in die neue Welt", Stuttgart 1887) veröffentlichte. ...<<

**Estland:** Johann Voldemar Jannsen (1819-1900) verfaßt im Jahre 1869 den Text der späteren Nationalhymne Estlands (x230/44):

>>Mein Vaterland, mein Glück und meine Freude, wie schön bist du!  
Nirgendwo finde ich auf dieser großen weiten Welt,  
Was mir so lieb wäre wie du, mein Vaterland!

Du hast mich doch geboren und aufgezogen;  
Dir danke ich immerdar und bleibe dir treu bis zum Tode!  
Du bist mir das Liebste, mein teures Vaterland!

Gott möge über dir wachen, mein teures Vaterland!  
Er sei dein Beschützer und gebe dir reichen Segen,  
Was immer du dir vornimmst, mein teures Vaterland!<<

**Rußland:** Der russische Panslawist und Kulturkritiker Nikolai Danilewski (1822-1888) berichtet im Jahre 1869 in seinem Buch "Rußland und Europa" (x239/186): >>... Das russische Volk sendet nicht wie die Bienenstöcke aus seiner Mitte Schwärme aus, die Zentren neuer politischer Gesellschaften bilden, wie die Griechen im Altertum und die Engländer in der Neuzeit. Rußland hat nicht das, was "Besitzungen" genannt wird, wie Rom und wiederum England. Der russische Staat ist schon von den Zeiten der ersten russischen Fürsten an Rußland selber, das sich allmählich und unaufhaltsam nach allen Seiten ausdehnt. ...

Wohin sich auch die Russen wandten, ... das Zentrum ihres völkischen Lebens bleibt gleichwohl das alte russische Moskau, die höchste Macht verkörpert sich nach wie vor in ihrer Vorstellung in der Person des russischen Zaren. Sie beeilen sich, ihm den Eid zu leisten, ihm die neuen Länder darzubringen, die sie in Besitz nahmen. ... Deshalb geschehen auch neue Niederlassungen bloß an den Grenzen der Länder, die schon zum alten wirklichen Rußland wurden. ...

Niederlassungen jenseits des Meeres oder durch beträchtliche Zwischenräume vom Mutterland getrennt, gelingen nicht, wenn sie auch die Regierung unter ihren Schutz nahm. ...<<

**Schweiz:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der "Schweiz" von 1869-1871 (x814/763): >>... 1869 wurde die wichtige Frage eines Alpennordoststichs zu Gunsten des St. Gotthard entschieden, und Italien und Deutschland verpflichteten sich zu ansehnlichen Subventionen.

Der deutsch-französische Krieg von 1870 zog auch die Schweiz in Mitleidenschaft, indem er sie nötigte, zum Schutz der Neutralität bedeutende Truppenmassen ... an der Grenze aufzustellen. Als die flüchtige französische Ostarmee nach ihrer Niederlage bei Belfort am 1. Februar 1871, 85.000 Mann stark, die Schweizer Grenze überschritt, mußte sie entwaffnet und in der Schweiz einquartiert werden, was die Sympathien mit Frankreich so wenig abkühlte, daß es am 9. März 1871 in Zürich zu einem rohen Exzeß gegen die Deutschen, welche ein Siegesfest feierten, kam. Unruhen bei der Verhaftung der Tumultuanten (Unruhestifter) hatten sogar die eidgenössische Besetzung der Stadt und die Einsetzung eidgenössischer ... (Schwurgerichte) zur Aburteilung der Schuldigen zur Folge. ...<<

**USA:** Im Jahre 1869 wird der Bau der ersten Pazifik-Eisenbahn zwischen New York und San Francisco (Länge: rund 5.200 km) vollendet.

**US-General Ord** erteilt im Jahre 1869 Befehle, die Apachen (Indianerstämme im Südwesten der USA) gnadenlos zu bekämpfen (x068/65): >>Ich ermutige die Truppen, die Apachen mit allen Mitteln zu fangen und auszurotten und sie wie wilde Tiere zu jagen. ...<<

Der nordamerikanische Historiker Alvin M. Josephy jr. berichtet später über die Lebensverhältnisse der amerikanischen Ureinwohner im 19. Jahrhundert (x193/18): >>Als neue Staaten wie die USA die Kolonialmächte ablösten, änderte sich nur wenig an der Überzeugung des

weißen Mannes, daß die Indianer ein minderwertiger Menschenschlag wären, und daß es deren Bestimmung sei, entweder ihr indianisches Wesen abzulegen und sich den Weißen anzupassen oder unterzugehen.

Wo Verständigung und Verstehen angesagt schienen, tat sich im ganzen 19. Jahrhundert ein immer tiefer werdender Riß auf, und an ständig wechselnden Grenzen wurden Indianer von Weißen ihres Landes beraubt, wurde versucht, sie durch "Umsiedlung" oder Zwangsanpassung an die weiße Lebensweise zu gewöhnen oder durch Mord aus der Welt zu schaffen. Andrew Jackson verglich die Indianer mit Wölfen. und General Philip Sheridan witzelte, daß der einzige gute Indianer ein toter Indianer sei – eine Ansicht die die meisten weißen Amerikaner teilten. ...<<

## 1870

Man vergißt vielleicht, wo man die Friedenspfeife vergraben hat, aber man vergißt niemals, wo das Beil liegt.

*Mark Twain, eigentlich Samuel L. Clemens (1835-1910, nordamerikanischer Schriftsteller)*

**Norddeutscher Bund:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1870-1871 (x804/901-905): >>(Deutschland) ... Die Reichstags-session, die am 14. Februar 1870 eröffnet und am 26. Mai geschlossen wurde, förderte nach Kräften das Werk des Ausbaues und der Festigung des deutschen Bundesstaates, indem das Strafgesetzbuch, ein Gesetz über den Unterstützungswohnsitz und die Subvention der Gotthardbahn genehmigt wurden; selbst das Zollparlament schwang sich zu dem Beschluß auf, die Münzreform für eine Zollvereinsangelegenheit, also eine allgemein deutsche, zu erklären, allerdings unter pathetischem Einspruch der süddeutschen Fraktion gegen diese Kompetenzüberschreitung.

Im Reichstag kam auch die Union mit den Südstaaten wieder zur Sprache, indem der Abgeordnete Lasker ... Badens Aufnahme in den Norddeutschen Bund in Anregung brachte. Bismarck machte dagegen geltend, daß man auf Bayern und Württemberg keine Pression ausüben dürfe, indem man das ohnehin schon national gesinnte Baden von ihnen trenne; es sei nicht gut, den Milchtopf abzusahnen und das übrige sauer werden zu lassen.

In der Tat sammelten 1869 und 1870 alle Gegner der Entwicklung von 1866 im Süden noch einmal ihre Kräfte, um den nationalen Bestrebungen, die auch in den Regierungen Bayerns und Württembergs zum Durchbruch kamen, den Boden zu entziehen.

Bei den Neuwahlen für das bayerische Abgeordnetenhaus am 22. Mai 1869 errangen die mit Partikularisten und Demokraten verbündeten Ultramontanen die Majorität (79 gegen 75 Stimmen), und als wegen des fast gleichen Stimmenverhältnisses beim Zusammentritt der Kammer im September keine Präsidentenwahl zustande kam und dieselbe aufgelöst wurde, behaupteten die Ultramontanen bei der Neuwahl mit 80 gegen 74 Stimmen den Sieg. Unter diesen Umständen mußte der national gesinnte liberale Ministerpräsident Fürst Hohenlohe weichen, und der partikularistische Graf Bray trat am 7. März 1870 an seine Stelle; von ihm war keine weitere Annäherung an den Norden zu erwarten.

Noch heftiger gebärdete sich die antinationale Volkspartei in Württemberg, die im Bund mit Ultramontanen und Partikularisten die Majorität in der Kammer besaß. Sie zwang durch ihre Opposition gegen das von der Regierung vorgelegte Kriegsdienstgesetz, gegen welches sie eine Petition mit 150.000 Unterschriften zusammenbrachte, den Kriegsminister Wagner zum Rücktritt (März 1870). Wenn auch die Rekonstruktion des Ministeriums nicht nach ihren Wünschen ausfiel, so konnte doch von einem Anschluß Württembergs an den Norddeutschen Bund jetzt nicht die Rede sein.

Auch in den neuen preußischen Provinzen machten sich rückläufige Bewegungen geltend. Noch bestand die Welfenlegion, welche Hannover für Georg V. wiedererobern sollte.

Die der preußischen protestantischen Hegemonie über Deutschland besonders abgeneigte ultramontane, von den Jesuiten geleitete Partei erprobte gerade damals auf dem vatikanischen Konzil ihre Macht über die Kirche und die katholische Christenheit, und der glückliche Erfolg des Unfehlbarkeitsdogmas mußte sie ermutigen, nun offener nach ihrem letzten Ziel, der Weltherrschaft, zu streben.

Angefeuert durch diesen Bundesgenossen, durch die Preußen feindseligen Strömungen in Deutschland, ... Rachegeleüste, glaubte die französische Regierung den Augenblick gekommen, da es Revanche für Sadowa nehmen, Frankreichs "berechtigtes Übergewicht" in Europa durch Zertrümmerung der deutschen Einheit und Eroberungen am Rhein wiederherstellen und durch die kriegerische Aufregung und den Ruhm der Waffen sich selbst aus der bedrängten inneren Situation befreien könnte.

Die ohne Mitwissen der norddeutschen Bundesregierung aufgestellte spanische Thronkandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern diente Napoleon III. zum Vorwand, um den Krieg, welchen er wegen mangelhafter Vorbereitung der französischen Armee weder 1866 noch 1867 hatte wagen können, nun, nach Vollendung der Nielschen Heeresreorganisation, zu unternehmen.

Nachdem die Kammer, die Presse und die öffentliche Meinung durch chauvinistische Agitationen aufgereizt worden waren, genügte der Verzicht des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron nicht mehr, um die fieberhaft erregten Gemüter zu befriedigen; das französische Ministerium stellte an König Wilhelm am 13. Juli 1870 das ganz unberechtigte Ansinnen, daß er sich schriftlich verpflichte, nie wieder eine Erneuerung der hohenzollerischen Kandidatur zu gestatten, und als dasselbe abgelehnt wurde, erklärte es am 19. Juli den Krieg.

Diese freche Herausforderung des alten Erbfeindes, der besonders im Süden beim Volk verhaßt war, entzündete auf einmal einen leidenschaftlichen Zorn und einen begeisterten Enthusiasmus in Deutschland; die ganze Nation war eins in diesen Gefühlen, welche sich bald in feste Entschlossenheit und aufopferungsvolle, hingebende Vaterlandsliebe abklärten.

Den sofort zusammenberufenen norddeutschen Reichstag eröffnete ... König Wilhelm am 19. Juli mit einer des erhabenen Augenblicks würdigen Thronrede: "Hat Deutschland", sagte er, "derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war."

Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begonnen, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet, heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feind keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewalttat.

Wir werden nach dem Beispiel unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewalttat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampf, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unseren Vätern war."

Der Reichstag beantwortete diese Worte mit einer begeistert zustimmenden Adresse und der einstimmigen Bewilligung der geforderten Kriegsleihe von 120 Millionen Talern und verlängerte seine eigene Legislaturperiode bis Ende des Jahres, worauf er am 21. Juli geschlossen wurde. Die süddeutschen Fürsten ließen sofort in Berlin erklären, daß sie ... ihre sämtlichen Streitkräfte dem Oberbefehl des Königs von Preußen unterstellten. Die süddeutschen Kammern folgten. Die hessische, badische und auch die württembergische bewilligten die geforderten Rüstungsgelder mit Einstimmigkeit, die bayerische Zweite Kammer mit 101 gegen 47 Stimmen.

Nur die verbissenen Ultramontanen verteidigten aus Haß gegen Preußen eine bewaffnete Neutralität; selbst solche Bayern, welche eifersüchtig die Selbständigkeit ihrer engeren Heimat

wahrten, erkannten, daß dieselbe nur dadurch zu erhalten sei, daß Bayern freiwillig seine deutsche Pflicht erfülle.

Die süddeutschen Kontingente wurden mit drei preußischen Armeekorps zur dritten deutschen Armee unter dem Befehl des Kronprinzen von Preußen vereinigt, während die erste und zweite Armee aus norddeutschen Truppen bestanden. So war die Kriegsmacht des ganzen deutschen Volkes zum erstenmal nach Jahrhunderten wieder vereinigt, und ihre glänzenden Siege bewiesen, welche gewaltige Kraft ihr innewohnte, wenn sie gut vorbereitet und gut geführt war.

In den Schlachten von Wörth und Spichern, in dem blutigen Ringen an den drei Kampftagen vor Metz, endlich bei Sedan wetteiferten die deutschen Truppen an Tapferkeit und Todesmut. Dieselben Truppen, welche 1866 am Main so wenig geleistet, taten es jetzt den besten preußischen Regimentern gleich.

Deutsches Gebiet, welches in früheren Kriegen mit dem französischen Nachbar stets Kriegsschauplatz gewesen und immer wieder arg verwüstet worden war, wurde diesmal nur in Saarbrücken auf kurze Zeit vom Feind betreten. Schon einen Monat nach Beginn der Feindseligkeiten war eine große Armee der Franzosen kriegsgefangen, eine zweite in Metz eingeschlossen und die deutschen Heere tief im Inneren Frankreichs auf dem Marsch nach Paris.

Wie das deutsche Volk seit dem Ausbruch des Krieges sich wieder nach langer Trennung und Spaltung als ein Volk von Brüdern fühlen gelernt und an den Heldentaten seiner wehrhaften Männer, welche ihm als Siegespreis die Sühne langer Schmach, die Rückgabe Elsaß-Lothringens, verhiessen, sich zu hohem und stolzem Nationalgefühl aufgerichtet hatte, so zeigte es sich auch von Anfang an fest entschlossen, seine wunderbaren Erfolge zur Herstellung eines einheitlichen, starken und großen Reiches zu benutzen.

Schon nach den ersten großen Siegen der deutschen Heere hatte die Stimme des Volkes laut eine Einigung von ganz Deutschland gefordert; diese Forderung war dann im Verlauf des Krieges mit einer solchen Entschiedenheit und Einstimmigkeit erneuert worden, daß die Regierungen der süddeutschen Staaten ihr die Gewährung nicht zu versagen wagten.

War doch eben durch diesen Krieg klarer als je erwiesen worden, daß nur auf der Einigung aller Stämme die Sicherheit Deutschlands, besonders des Südens, für die Dauer begründet sei, und durch die Besiegung Frankreichs die Rücksichtnahme auf diesen Nachbar beseitigt, die sich bisher wie ein Bleigewicht allen auf die Einheit Deutschlands gerichteten Bestrebungen angehängt hatte.

Auch Österreich hatte durch Beusts zweideutige Haltung bei Beginn des Krieges alles Recht verwirkt, noch in deutschen Angelegenheiten ein Wort zu reden.

Die Hauptschwierigkeit lag indes in der Frage, ob es möglich sein würde, die Einheit unter genügender Berücksichtigung der Ansprüche der süddeutschen Staaten auf ein reichliches Maß innerer Selbständigkeit herzustellen, zumal da König Wilhelm und Bismarck jeden Gedanken einer Pression auf die süddeutschen Staaten ablehnten, nachdem dieselben so loyal ihren Vertragspflichten nachgekommen waren.

Als zuerst Baden (2. September 1870) die Frage nach einer festeren Einigung bei der Regierung des Norddeutschen Bundes anregte und dann auch Bayern den Wunsch nach Verhandlungen hierüber kundgab, reiste der Präsident des Bundeskanzleramtes, Delbrück, im Auftrag Bismarcks nach München (21. September), um die Vorschläge der süddeutschen Regierungen entgegenzunehmen. In den hier stattfindenden Konferenzen ... machte indes Bayern derartige Forderungen, daß eine Verständigung unmöglich erschien.

Daraufhin lud Bismarck die drei anderen süddeutschen Staaten ein, Bevollmächtigte zu Unterhandlungen nach Versailles zu senden, an denen teilzunehmen Bayern freigestellt wurde. Hier kamen im Lauf des Oktobers je zwei Vertreter der vier Staaten mit den Bevollmächtigten des Bundes, den Ministern Delbrück, Roon und Friesen, zu Konferenzen zusammen, die bald

zu befriedigendem Abschluß führten, zuerst mit Baden und Hessen (15. November), welche die Verfassung des Norddeutschen Bundes mit geringen Änderungen (in Bezug auf die Besteuerung) annahmen. ...

Am 23. November wurde der Vertrag mit Bayern unterzeichnet, in welchem ... (den Bayern) sehr erhebliche Sonderrechte zugestanden wurden. Es behielt sein besonderes Gesandtschaftsrecht, die Verwaltung seines Heerwesens, eigene Post, Eisenbahnen und Telegraphen, eigene Besteuerung von Bier und Branntwein und besondere Bestimmungen hinsichtlich des Heimat- und Niederlassungsrechts.

Obleich dieser Vertrag der nationalen Partei das Maß berechtigter Eigentümlichkeit weit zu überschreiten schien, fand er doch im bayerischen Abgeordnetenhaus von seiten der ultramontanen Patriotenpartei lebhaften Widerspruch und wurde erst nach zehntägigen Debatten am 21. Januar 1871 mit 102 gegen 48 Stimmen angenommen, nachdem sich die Patriotenpartei gespalten hatte; die Reichsräte hatten ihn schon 30. Dezember 1870 mit 30 gegen 3 Stimmen genehmigt.

Zuletzt wurde am 25. November der Vertrag mit Württemberg abgeschlossen; derselbe glich im wesentlichen dem bayerischen, nur schloß Württemberg, gleich Baden und Hessen, mit Preußen eine Militärkonvention ab, nach welcher die württembergischen Truppen als Teil des deutschen Bundesheeres ein in sich geschlossenes Armeekorps bilden sollten. ...

Der norddeutsche Reichstag wurde am 24. November wieder zusammenberufen, um den Verträgen mit den süddeutschen Staaten ebenfalls seine Zustimmung zu erteilen. Auch hier stießen die bayerischen und württembergischen Verträge wegen der zu weit gehenden Reservatrechte auf Widerspruch, besonders von seiten der Fortschrittspartei, wurden jedoch endlich auf dringende Befürwortung der Regierung am 9. Dezember angenommen. Auch eine neue Krieganleihe von 100 Millionen Talern wurde bewilligt.

Am 4. Dezember machte Delbrück dem Reichstag davon Mitteilung, daß der König von Bayern bei den deutschen Fürsten und Freien Städten beantragt habe, mit dem Präsidium des künftigen Deutschen Bundes den Titel "deutscher Kaiser" zu verbinden, und daß die Fürsten und Städte alle zugestimmt hätten. Ohne daß die Rechte des bisherigen Präsidiums dadurch vermehrt wurden, wurde doch das Ansehen des Bundesoberhauptes erhöht, seine Würde eine Stufe höher als die der übrigen Fürsten gestellt und dem deutschen Volk ein altes Symbol seiner Einheit und Macht damit zurückgegeben. Dem entsprechend wurde auch der neue Bund "Deutsches Reich" genannt.

Nachdem am 10. Dezember der erste und letzte norddeutsche Reichstag geschlossen worden war, begab sich eine Deputation desselben von 30 Mitgliedern nach Versailles, um dem König von Preußen eine Adresse zu überbringen, welche ihn "vereint mit den Fürsten Deutschlands" bat, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen.

Die Deputation, geführt von dem Präsidenten Simson, der 21 Jahre früher an der Spitze der Deputation des Frankfurter Parlaments Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone angeboten hatte, wurde am 18. Dezember in Versailles feierlich empfangen. König Wilhelm nahm die Krone an, vorbehaltlich der formellen Kundgebung der freien Zustimmung der Fürsten und Städte.

Nachdem dieselbe erfolgt war, erließ der König am 17. Januar 1871 folgende Proklamation an das deutsche Volk: "Wir Wilhelm, König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Ruf der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachkommen an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermutigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterland die seit Jahrhunderten entbehnte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Am 18. Januar 1871, 170 Jahre nach der Krönung des ersten preußischen Königs, geschah im Spiegelsaal des französischen Königsschlusses zu Versailles die feierliche Verkündung der Annahme der Kaiserkrone und der Herstellung des Deutschen Reiches in Gegenwart einer glänzenden Versammlung von Fürsten, Prinzen und Kriegshelden, und am 19. Januar gab der Donner der Kanonen in der siegreichen Schlacht am Mont Valérien dazu die Weihe.

Der Kaiserproklamation folgte unmittelbar die Kapitulation von Paris und damit das Ende des unvergleichlichen Krieges. Die Versailler Friedenspräliminarien (26. Februar) gaben Deutschland Elsaß mit Straßburg und Deutsch-Lothringen mit Metz zurück und verschafften ihm eine Kriegsschädigung von 5 Milliarden Franc.

Wohl erregte dieser glänzende Erfolg den Neid der anderen Mächte, und namentlich England hatte wiederholt zu Gunsten Frankreichs zu intervenieren gesucht. Indes ... (durch Englands) schwächliche Neutralität bei Ausbruch des Krieges und die illoyale Unterstützung der französischen Republik durch Zuführung von englischen Waffen und sonstigem Kriegsmaterial hatten es alle Ansprüche ... (verloren), und seine Intervention wurde zurückgewiesen.

Dem Kaiser von Österreich zeigte Bismarck am 14. Dezember 1870 die Neugestaltung der Dinge in Deutschland an und betonte den Wunsch des neuen Reiches, zu dem durch gemeinschaftliche wichtige Interessen verbundenen Nachbarreich freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, welchen Wunsch Beust am 26. Dezember ebenso verbindlich erwiderte.

Das treue Wohlwollen des russischen Kaisers, welches Deutschland manche Verwickelungen, besonders im ersten Teil des Krieges, erspart hatte, vergalt die deutsche Regierung durch Unterstützung des russischen Verlangens, von einigen drückenden Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 befreit zu werden, was die Pontuskonferenz in London am 13. März 1871 zugestand.

Auch Italien hatte Nutzen von den deutschen Siegen gezogen, indem es, von Frankreich nicht mehr gehindert, sich im September 1870 den Rest des Kirchenstaates einverleiben und darauf (im Januar 1871) Rom zur Hauptstadt erheben durfte.

Der definitive Friede zwischen Deutschland und Frankreich wurde am 10. Mai zu Frankfurt am Main abgeschlossen.

Am 21. März 1871 wurde in Berlin der erste deutsche Reichstag eröffnet. Die Wahlen (3. März) waren gut national ausgefallen; doch zählte man unter den 382 Abgeordneten 60 Ultramontane, welche den Kern aller Oppositionselemente bildeten.

Die Thronrede des Kaisers Wilhelm I., der am 17. März nach Berlin zurückgekehrt war, konnte mit Stolz und Genugtuung verkünden: "Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung, und der Geist,



welcher in dem deutschen Volk lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauch seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft.

Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren.

Möge die Wiederherstellung des Deutschen Reiches für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein, möge dem deutschen Reichskrieg, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen."

Bei der Adreßdebatte machte sich schon die Opposition der neuen katholischen Zentrumspartei geltend, welche ihre Hoffnung, den Einfluß der siegreichen neuen Macht für den Papst und die Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft geltend zu machen, getäuscht sah. Ebenso wurde ihr Versuch, gewisse kirchliche Grundrechte in die Reichsverfassung einzuschieben, vereitelt.

Diese Verfassung, eine Revision der norddeutschen Bundesverfassung, wurde ohne lange Debatten am 14. April 1871 mit allen gegen sieben Stimmen angenommen. Sie erhöhte die Zahl der Mitglieder und Stimmen des Bundesrates, der nun aus den Bevollmächtigten von 25 Staaten bestand, von 43 auf 58.

Die Rechte des Bundespräsidiums wurden in einigen Punkten beschränkt: bei Erklärung von Bundeskriegen war Zustimmung des Bundesrates erforderlich, außer im Fall eines erfolgten Angriffes auf Bundesgebiet, und ebenso war dem Bundesrat der Beschluß, ob Bundesexekution einzutreten habe, vorbehalten. Elsaß-Lothringen wurde Reichsland, d.h. gemeinsamer Besitz des Reiches. So war das neue Deutsche Reich begründet.

Wohl kam es dem alten, 1806 zu Grunde gegangenen Heiligen Römischen Reich deutscher Nation an Umfang und Machtansprüchen nicht gleich: der neue Kaiser trug nicht die älteste und erhabenste Krone der Christenheit, er war nicht Oberlehnsherr der deutschen Reichsfürsten und beanspruchte nicht die Oberhoheit über große Nachbarlande. Die politische Verbindung mit den österreichischen Landen war gelöst, Luxemburg aufgegeben. Dafür aber waren Schleswig und Elsaß-Lothringen neu gewonnen, und was das Reich an äußerem Glanz und Ausdehnung verlor, das ersetzte es durch innere Einheit und Kraft.

Unter der gesetzlich geordneten, von einem Staat wie Preußen getragenen Reichsgewalt, unter einer erblichen Dynastie, welche eine große, aber rein deutsche Hausmacht besaß, konnte das deutsche Volk nun eine einheitliche Kulturarbeit beginnen. Nach außen war es durch seine Militärmacht gesichert, im Inneren konnten die Territorialgewalten der Reichseinheit und dem Wohl des Ganzen nicht mehr gefährlich werden und in dem ihnen überlassenen Bereich durch fruchtbaren Wettstreit Gutes und Edles stiften.

Nach mehr als 200jährigen Mühen und Kämpfen war Deutschland wieder Herr seiner selbst und seiner Geschicke und auf einer Stufe geistiger und materieller Entwicklung, welche es in die Reihe der führenden Kulturstaaten stellte. ...<<

**Spanien, Frankreich, Preußen:** Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annimmt, reagiert der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").

## **Der französisch-deutsche Krieg 1870/71**

Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkte und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen bereits am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtete, verlangte der französische Kaiser aus Prestige Gründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.

Der preußische König reagierte daraufhin zwar erbost und verstimmt, doch er lehnte diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung, zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab (x215/328). Anschließend ließ Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ablehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche").

Bismarck wählte für die Zurückweisung des preußischen Königs jedoch bewußt eine gekürzte Fassung, so daß die Erklärung plötzlich ungewöhnlich schroff wirkte, denn Bismarck hatte im Gegensatz zum preußischen König beschlossen, die französische Herausforderung anzunehmen.

Bismarck berichtet später über die "Emser Depesche" (x056/248): >>(Ich empfang Telegramme), ... daß der Prinz von Hohenlohe der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte, und daß der König nach den französischen Bedrohungen ... im Parlament und in der Presse mit (dem französischen Botschafter) Benedetti zu verhandeln fortfuhr. ...

Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich ... in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht ... verantworten wollte. ... Zum Rücktritt entschlossen, ... (speiste ich am 13. Juli mit dem Kriegsminister von Roon und dem Generalstabschef von Moltke. Als mir während der Unterhaltung ein Telegramm überbracht wurde), ... las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten.

Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der ... Ermächtigung Seiner Majestät, den Inhalt ganz oder teilweise zu veröffentlichen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf ... den Stand unserer Rüstungen. ... Er antwortete, ... er halte den schnellen Ausbruch (des Krieges) ... für uns für vorteilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl zum Kriege. ... (Im anderen Falle) verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung. ... Ich ... reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern ...

(Moltke bemerkte: Gegen vorher klingt das) "jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung". Ich erläuterte: "Wenn ich diesen Text an die Zeitung (und) ... alle Gesandtschaften mitteile, so wird er ... in Paris ... den Eindruck des roten Tuches auf den ... Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht den Eindruck des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. ... Wichtig ist, daß wir die Angegriffenen seien." ... (Die beiden Generäle) ... hatten plötzlich Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune.<<

Die "Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 lautet nach Bismarcks Kürzung wie folgt (x145/-145): >>Nachdem der Thronverzicht des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgeteilt ist, hat der französische Botschafter in Ems an den König noch die Forderung gestellt, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.<<

Am 19. Juli 1870 übergibt der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung (x056/248): >>... Infolgedessen hat die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer gefährdeten Interessen Vorsorge treffen zu müssen geglaubt und, entschlossen, hierzu alle durch die ihr aufgezwungene Situation gebotenen Maßnahmen zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt ab im Kriegszustand mit Preußen.<<

Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtet über den Anlaß für die französische Kriegserklärung im Jahre 1870 (x827/113-114): >>(Frankreich) ... Die definitive Überzeugung, es sei mit Preußen keine Gebietsvergrößerung zu erreichen, legte Napoleon III. den Gedanken nahe, eine solche gegen Preußen zu erstreben. ...

Die von der Kaiserin unterstützte Jesuitenpartei schürte aufs eifrigste, und so wurde die Wahl des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien als bequemer Vorwand ergriffen, um Preußen zu demütigen oder den Krieg zum Ausbruch zu bringen.

Als am 12. Juli (1870) die Entsagung des Erbprinzen Leopold bekannt geworden war, schien zunächst der spanische Zwischenfall erledigt zu sein. Aber an demselben Abend fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Napoleons III. statt, und hier wurde ein Beschluß gefaßt, der den Krieg unvermeidlich machte.

Der französische Botschafter Benedetti mußte am 13. Juli auf der Brunnenpromenade zu Ems dem preußischen König Wilhelm I. das Ansinnen stellen, er solle die bestimmte Versicherung geben, daß die hohenzollerische Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden dürfe; auch eine schriftliche Entschuldigung wegen dieser Sache, in Form eines Briefes des Königs an Napoleon III., wurde beansprucht.

Als Wilhelm I. diese Zumutungen kurzweg abwies, dem französischen Botschafter weitere Audienzen in dieser Sache verweigerte und Bismarck den Sachverhalt in der von ihm in scharfer Form redigierten "Emser Depesche" amtlich bekannt machen ließ, erklärte man die Ehre Frankreichs verletzt.

In der Sitzung vom 15. Juli erhob Thiers vergebens seine warnende Stimme. Ollivier versicherte, daß das Ministerium "mit leichtem Herzen" die Verantwortlichkeit übernehme. Am 19. Juli wurde die französische Kriegserklärung in Berlin überreicht, und Napoleon III. übernahm in Metz am 28. Juli das Oberkommando der Rheinarmee, nachdem er der Kaiserin Eugenie die Regentschaft übertragen hatte. ...<<

Angesichts der öffentlichen preußischen Ablehnung fühlten sich die französische Regierung und Kaiser Napoleon III. angeblich dermaßen beleidigt und gedemütigt, daß die französische Ehrenstellung gerettet werden mußte.

Bismarck, der wie Kaiser Wilhelm I. Angriffskriege grundsätzlich ablehnt, schreibt später über den Krieg 1870/71 (x063/440): >>Um glückliche Kriege zu führen, muß dem Angreifer die Sympathie aller edel Gesonnenen und Länder zu Seite stehen und dem, der ungerecht den Krieg zuträgt, die öffentliche Stimme den Stein werfen.

Dies war das Geheimnis des Enthusiasmus in Deutschland 1870. Wer ungerechtfertigt zu den Waffen greift, wird die öffentliche Stimme gegen sich haben, er wird keine Alliierten finden, ... ja überhaupt keine Neutrale, wohl aber Gegner ...<<

Friedrich Engels schreibt am 15. August 1870 in einem Brief an Karl Marx über den Krieg gegen Frankreich (x261/109): >>Deutschland ist durch Badinguet (Spotname für Napoleon III.) in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingeritten. Unterliegt es gegen Badinguet so ist der Bonapartismus auf Jahre befestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen, kaputt.

Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr, der Kampf um Herstellung der nationalen Existenz absorbiert dann alles, und bestenfalls geraten die deutschen Arbeiter ins Schlepptau der französischen.

Siegt Deutschland, so ist der französische Bonapartismus jedenfalls kaputt, der ewige Krakeel wegen Herstellung der deutschen Einheit endlich beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich auf ganz anders nationalem Maßstab als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regierung dort folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus.

Die ganze Masse des deutschen Volkes hat eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt, und ist darum sofort eingesprungen. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Sybel schreibt damals über den französisch-preußischen Krieg (x056/249): >>Das Volk hatte in patriotischem Zorne zum Schwert gegriffen, um die seit Jahrhunderten erduldet fremde Einmischung in deutsche Angelegenheiten von Grund aus zunichte zu machen und die Unabhängigkeit und Einheit des Vaterlandes hoffentlich für alle Zeiten zu sichern. Frankreich ging für eine alte Ehrenstellung, Deutschland für sein junges Dasein in den Kampf. ...<<

Bismarck berichtet später während einer Reichstagsrede über den Krieg 1870/71 (x063/-405,406): >>... Der Gedanke einen Krieg zu führen, weil er vielleicht später unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden kann, hat mir immer ferngelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. Ich bin dagegen gewesen im Jahre 1867, die Luxemburger Frage aufzunehmen, um den Krieg mit Frankreich zu führen. ...

Mein Rat wird nie dahin gehen, einen Krieg zu führen deshalb, weil er später doch geführt werden muß. ... Wir haben 1870 (den Krieg) mit günstigerem Erfolge geschlagen als wir ihn 1867 gekonnt hätten, aber es wäre doch ebensogut möglich gewesen, wenn Napoleon gestorben wäre, daß der Krieg uns ganz erspart geblieben wäre.<<

Der deutsche Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) schreibt später über die Kriegsverantwortung Bismarcks (x056/249): >>Es ist ein versimpelndes Schlagwort, daß er ein Politiker der brutalen Gewalt gewesen sei, der rücksichtslos über Verträge und Völkerrecht hinwegschritt, sobald es um die Macht Preußens ging. Weder war er der "Eiserne Kanzler", ... der immer rechtzeitig mit der Faust auf den Tisch zu hauen verstand, ... noch ein gewissenloser ... Abenteurer. Freilich gehörte für ihn noch der Krieg zu den legitimen Mitteln der Staatskunst, wenn es um "Lebensinteressen" der Nation ging, ... (während der) große Krieg (heute) zum Selbstmord der Menschheit geworden ist. ...

Man kann ihn in seiner Kriegspolitik den letzten Kabinettpolitiker im Stile ... Friedrichs des Großen nennen – aber auch in der bewußten Beschränkung der Kriegsziele und Kriegsmethoden. ...

Der Krieg war in Bismarcks Epoche legitim, auch der Angriffskrieg, wenn alle anderen, mit reicher Phantasie ersonnenen versagten, und jedesmal mit echtem, sittlich-religiösem Verantwortungsbewußtsein unternommen. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Vorgeschichte des Krieges 1870/71 (x057/156): >>Ehe die politische Einigung erreicht wurde, mußte Deutschland noch einmal zu den Waffen greifen. Napoleon III. brauchte nach der mißlungenen Politik im Deutschen Krieg (1866) einen sichtbaren Erfolg. Er suchte zunächst eine Annäherung an Bismarck und verhandelte ernstlich wegen eines Bündnisvertrages (1867). Napoleon erstrebte Belgien und Luxemburg für Frankreich und war bereit, dafür den Anschluß der süddeutschen Staaten an Preußen zuzulassen. ...

Nachdem das Bündnis mit Preußen gescheitert war, entschloß sich Napoleon, die deutsche Einigung mit allen Mitteln zu verhindern und Frankreichs führende Stellung in Europa wieder zu erlangen. Nach inneren Reformen wurde das französische Heer verstärkt und besser ausge-

rüstet. Auf der Suche nach Bundesgenossen wandte sich Napoleon an Österreich und Italien, erreichte aber keine festen Bündnisverträge, sondern nur unklare Zusagen.

Bismarck wollte den Krieg vermeiden und hoffte immer noch, die deutsche Einigung ohne ihn zu erreichen. Dennoch war er auf der Hut und stellte sich auf den Krieg ein. Mit Rußland traf er eine Verständigung, wonach diese im Fall eines deutsch-französischen Krieges Österreich am Eingreifen hindern sollte.

Schließlich kam der letzte Anlaß zum Krieg, als Spanien dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen die Königskrone anbot. Die französische Regierung forderte den Verzicht des Prinzen und als dieser erfolgte, von Kaiser Wilhelm, daß er sich persönlich entschuldigte und in Zukunft keinem Hohenzollern gestatte, die spanische Krone anzunehmen.

Dies lehnte der König ab und verständigte Bismarck telegraphisch über diese Vorgänge. Der Kanzler veröffentlichte die berühmte "Emser Depesche" in verkürzter Form und erweckte dadurch den Eindruck, als habe der König die französische Forderung schroff zurückgewiesen. Darauf erklärte die französische Regierung, die sich beleidigt und gedemütigt fühlte, den Krieg an Preußen und stand vor aller Welt als Angreifer da.<<

Nach der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 zogen der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten gegen Frankreich in den Krieg, während England, Rußland und Österreich neutral blieben. Österreich sollte nach französisch-österreichischen Geheimverhandlungen erst später gegen Preußen antreten.

Im Passauer Dom wird in den ersten Tagen des Krieges folgende Predigt gehalten (x056/248-249): >>Der König von Preußen ist Protestant; aber er ist ein gottesfürchtiger, christlicher Fürst, der hochbetagt sein Leben für Deutschlands Ehre einsetzt und nicht sich, sondern Gott die Ehre gibt.

Er soll der Führer Deutschlands sein, Gott hat ihn dazu berufen. ... Unser liebes Vaterland ... muß mit Deutschland auf das engste verbunden sein. ...

Wenn hier unter den Zuhörern Väter, Mütter, Gattinnen und Kinder sind, deren Söhne, Gatten, Väter auf den blutigen Schlachtfeldern gefallen sind oder (fallen) werden, die sollen ihre Tränen trocknen, denn der Preis, um den ihre Lieben das Leben opfern, ist ein hoher und würdiger; sie haben mit ihrem Blute Deutschlands Freiheit, Macht und Ehre erkaufte.<<

Gerhart Hauptmann (1862-1946, deutscher Schriftsteller, erhält 1912 den Nobelpreis für Literatur) schreibt später, wie er den Kriegsausbruch in Schlesien erlebt (x233/99): >>Morgens ... brachte uns Onkel in der üblichen Landkutsche nach Striegau zur Bahn, eine Fahrt, die mehrere Stunden verlangte. Ich weiß nicht, wer es war, der uns in einer kleinen Kutsche entgegenkam, sie halten ließ und uns zuwinkte. Das Dampfe, das über der ganzen Reise gelegen hatte, löste, wie Gewitterschwüle ein erster Blitz, die Nachricht, die der Winkende mitbrachte.

Meine Herren, rief er, wir haben den Krieg! Gestern hat König Wilhelm in Bad Ems den Gesandten Napoleons, der ihn wie einen Lakaien behandeln wollte, einfach auf die Straße geworfen. Die gesamte norddeutsche Armee (ist) mobilisiert, auch die süddeutschen Fürsten machen mit, Bayern, Baden, Württemberg. Es braust ein Ruf wie Donnerhall.

Mein Vater und Onkel Schubert waren bleich geworden. ... Bismarck, sagte der Onkel, stürzt uns in ein sehr schlimmes und gefährliches Abenteuer hinein. Der allmächtige sei uns gnädig! Weder sind wir gerüstet genug, aber wenn wir es wirklich wären, wie wollen wir den überlegenen Waffen und Massen Frankreichs widerstehen? ...

Mein Vater ... aber wollte doch nicht in die Verzagtheit des lieben Verwandten einstimmen. Mit ruhigen und bestimmten Worten trat er für Bismarck und seine Haltung ein, er habe immer gewußt, was er wollte, und es immer zum guten Ende geführt. Er nannte dann Moltke, Roon ... und erklärte, wenn wirklich Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen mitgingen, hätte der Sieg große Wahrscheinlichkeit. ...<<

Die deutschen Truppen (3 Armeen mit ca. 384.000 Soldaten) gingen nach "preußischer Tradi-

tion" sofort in die Offensive und entschieden frühzeitig den deutsch-französischen Krieg (x215/332). Die nur mangelhaft ausgerüsteten französischen Armeen wurden bereits am 1. und 2. September 1870 bei Sedan (104.000 französische Kriegsgefangene einschließlich Kaiser Napoleon III.) und im Oktober 1870 bei Metz (173.000 französische Kriegsgefangene) entscheidend geschlagen und ergaben sich (x215/335,336). Als Bismarck nach den glänzenden Siegen die Abtretung der alten deutschen Reichsstädte Straßburg und Metz forderte, brach in Frankreich ein allgemeiner Volksaufstand los.

Der deutsche Gefreite Kurt Moser verfaßt im Jahre 1870 den Text des Soldatenliedes "Fern bei Sedan auf den Höhen ..." (x846/...):

>>1. Fern bei Sedan auf den Höhen,  
Steht ein Krieger auf der Wacht,  
Neben seinem Kameraden,  
Den die Kugel tödlich traf.

2. Leise flüstern seine Lippen,  
Du, mein Freund kehrst wieder heim,  
Siehst die teure Heimat wieder,  
Kehrst in unsrem Dörflein ein.

3. In dem Dörflein, in der Mitte,  
Steht ein kleines weißes Haus,  
Rings umrahmt von Rosen, Nelken,  
Drinnet wohnt meine Braut.

4. Nimm den Ring von meinem Finger,  
Nimm den Ring von meiner Hand,  
Drück auf ihre weiße Stirne,  
Einen Kuß als Abschiedspfand.

5. Der Soldat, der hat's gesprochen,  
Der Soldat, der hat's gesagt,  
Seine Augen sind gebrochen,  
Dort bei Sedan ist sein Grab.<<

Der deutsche Historiker Hermann Baumgarten (1825-1893) schreibt nach den Siegen bei Sedan und Metz (x261/110): >>Die rasche Skizze, welche ich unter dem Eindruck unserer ersten Siege über Frankreich begonnen habe, schließe ich unter dem Jubel über die neuesten Triumphe bei Sedan und Metz.

Vor dem wunderbaren Ereignis des 2. September (Sieg bei Sedan) verstummt meine schwache Stimme. In diesen staunenswerten Taten, welche in wenigen Wochen die Gestalt der Welt verwandelt haben, liegt der unwiderstehliche Beweis für die Wahrheit meiner Sätze.

Jede Siegesbotschaft, die unser dankerfülltes Herz von neuem freudig erzittern macht, verkündigt die große Tatsache, daß der lange, schwere Auferstehungsprozeß unseres Volkes auf dem Punkt steht, von derselben staatsbildenden Kraft, die ihn begonnen und fortgeführt hat, abgeschlossen zu werden, daß wir, was wir so lange so heiß ersehnt haben, jetzt vollbracht sehen, daß wir wieder ein Volk sind.

Und wahrlich, wir müßten nicht das deutsche Volk sein, wenn nicht ein jeder von uns sich getrieben fühlte, angesichts dieses erhabenen Daherschreitens ... (von der Vorsehung bestimmter) Mächte seine kleine Weisheit, seinen engen Parteisinn zu beugen vor dem donnernen Eintritt einer neuen Epoche.<<

Der Ausschuß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei berichtet am 5. September 1870 (x261/110): >>Eine neue und unerwartete Wendung der Dinge ist eingetreten. Napoleon ist in deutscher Gefangenschaft, in Paris ist die Republik erklärt und eine republikanische Regierung eingesetzt worden.

Nach 20jährigem schmachvollem Bestehen des Zweiten Kaiserreiches hat sich das französische Volk in der Stunde der größten Bedrängnis ermannt und seine Geschicke in seine Hände genommen. Es hat sich losgesagt von dem Manne, von dem es sich 20 Jahre hatte knechten lassen und der endlich diese Bedrängnis auf Frankreich herabbeschworen. Ein "Hurra" der französischen Republik!

Mit dieser Wendung der Dinge ist, so hoffen wir, das Ende des Krieges gewiß. Solange die napoleonischen Söldnerscharen Deutschland bedrohten, war es unsere Pflicht, als Deutsche den "Verteidigungskrieg, den Krieg um die Unabhängigkeit Deutschlands" zu führen. Ein solcher Verteidigungskrieg schließt nicht aus, daß man den Feind angreife; er schließt, wie jeder Krieg, ein, daß letzterer zum Frieden gezwungen wird.

Daher mußten wir selbst dann noch den deutschen Heeren den Sieg wünschen, als die unmittelbare Bedrohung der deutschen Grenzen beseitigt und unser braves Heer mitten in Frankreich hineingedrungen war; freudig bewegten uns die in unerhörter Tapferkeit, in großartigster Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern errungenen glorreichen Siege. Und gewiß können wir stolz sein, einem solchem Heldenvolke anzugehören.

Aber mehr als je ist es jetzt, in dem Bewußtsein des ruhmvollsten Sieges, unsere Pflicht, uns nicht zu berauschen in dem wilden Siegestaumel, "der so leicht der Menschen Geister berückt", sondern kühl und besonnen uns zu fragen, nach dem, was wir jetzt zu tun haben. Doppelt ist dies unsere Pflicht der neuen Wendung der Dinge gegenüber.

Die neue Volksregierung muß und wird den Frieden mit Deutschland zu erreichen suchen, sie muß und wird die Kriegserklärung des Napoleoniden zurückziehen.<<

Der US-Gesandte Georg Bancroft (1800-1891) erklärt am 9. September 1870 in Berlin (x063/404): >>Es ist wahrlich ein großes Glück, diese Zeiten erleben zu dürfen, da drei oder vier Männer, die nichts mehr geliebt haben als den Frieden, und die nach langem und hartem Dienste danach trachteten, ihre Laufbahn in Ruhe zu beschließen, in einem Verteidigungskrieg mehr militärischen Ruhm gewinnen, als die lebhaftesten Träume sich vorstellen konnten, und die es in drei Monaten zuwege bringen, die deutsche Hoffnung eines Jahrtausends zu erfüllen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 (x804/793-797): >>(Deutsch-französischer Krieg von 1870/71) ... Am 19. Juli, 1½ Uhr nachmittags, erfolgte die offizielle Kriegserklärung Frankreichs.

Am gleichen Tag eröffnete der König den außerordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes mit einer Thronrede ... Man nahm den Krieg voll Mut und Entschlossenheit an; man hatte ihn nicht gesucht, sich aber darauf vorbereitet.

Um die fremden Mächte günstig für Deutschland zu stimmen, ließ Bismarck am 25. Juli in der "Times" den Entwurf eines Offensiv- und Defensivtraktates veröffentlichen, welchen Frankreich im Frühjahr 1867 Preußen wiederholt angetragen, dieses aber abgelehnt hatte. Nach diesem Traktat sollten Frankreich und Preußen sich verbinden, um für Frankreich die Erwerbung Luxemburgs und Belgiens, für Preußen die Anerkennung seiner Herrschaft über Deutschland zu bewirken.

Die Folge war eine große Entrüstung, namentlich in England; doch verhielt sich dessen Regierung gänzlich neutral in dem bevorstehenden Kampf. In Österreich und Italien waren allerdings maßgebende Persönlichkeiten nicht abgeneigt, Frankreich zu Hilfe zu kommen; doch waren beide Staaten noch nicht gerüstet und Österreich genötigt, auf Rußland Rücksicht zu nehmen.

Während man allgemein erwartete, daß eine Invasion in deutsches Gebiet der französischen Kriegserklärung unmittelbar folgen würde, kamen die ersten Tage des August heran, ohne daß ein französisches Korps jenseits der Grenze sich blicken ließ.

Die Ursachen dieser Zögerung waren aber sehr triftig: die Enttäuschung hinsichtlich der Haltung Süddeutschlands, die höchst umständliche und zeitraubende Einziehung der Reserven, der bedenkliche Mangel an Material, Proviant, Munition etc., die in Paris konzentriert, nicht rasch genug verteilt werden konnten, endlich die unzureichende, den Angaben auf dem Papier nicht entsprechende Zahl der Mannschaften.

Die gesamte Streitmacht, welche Anfang August schlagfertig stand, die sog. Rheinarmee, zählte nicht mehr als 250.000 Mann. ... Den Oberbefehl übernahm der Kaiser Napoleon III. selbst, der die Kaiserin in Paris zur Regentin einsetzte und am 28. Juli in Metz eintraf; der bisherige Kriegsminister Leboeuf wurde Generalstabschef. ...

In Deutschland, wo die Mobilmachung in nicht viel mehr als einer Woche vollendet wurde, wurde beschlossen, drei Armeen aufzustellen, sämtlich unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, dem Moltke als Chef des Generalstabs zur Seite trat, und diese am Mittelrhein auf der Operationsbasis Koblenz-Mainz-Mannheim zu konzentrieren.

Die erste Armee unter dem Kommando des Generals von Steinmetz bildete den rechten Flügel; sie bestand aus dem 7. und 8. Armeekorps, der 1. und 3. Kavalleriedivision und war 60.000 Mann stark mit 180 Geschützen. Das Hauptquartier war in Koblenz.

Die zweite Armee unter dem Kommando des Prinzen Friedrich Karl von Preußen bildete das Zentrum; sie bestand aus dem Gardekorps, dem 3., 4., 9., 10. und 12. Armeekorps, der 5. und 6. Kavalleriedivision und war 194.000 Mann stark mit 534 Geschützen. Das Hauptquartier war in Mainz.

Die dritte Armee unter dem Kommando des Kronprinzen von Preußen bildete den linken Flügel; sie bestand aus dem 5. und 11. norddeutschen Armeekorps, dem 1. und 2. bayerischen Korps und dem kombinierten württembergisch-badischen Korps. Sie zählte 130.000 Mann mit 480 Geschützen; das Hauptquartier war in Mannheim.

Die Gesamtzahl der in erster Linie aufgestellten Macht betrug demnach 384.000 Mann mit 1.194 Geschützen. In Reserve blieben das 1. und 2. Armeekorps bei Berlin, das 6. in Schlesien. Den Küstenschutz übernahmen die 17. Division und 3 Landwehrdivisionen unter General Vogel von Falckenstein.

Da die Franzosen, welche überdies von der Zahl und den Bewegungen der deutschen Truppen keine genügende Kenntnis hatten, nicht zur Offensive schritten, so setzten sich am 30. Juli die deutschen Heere gegen die französische Grenze in Bewegung.

Am 2. August wurde von dem 2. französischen Korps, Frossard, in Gegenwart des Kaisers und des kaiserlichen Prinzen ein Angriff auf Saarbrücken ausgeführt, wo nur etwa 1.000 Mann preußische Truppen lagen, die sich nach längerem Gefecht zurückzogen, worauf die Franzosen die Stadt kurze Zeit besetzten, ohne indes weiter vorzudringen.

Trotzdem schon 14 Tage seit der Vereinigung der Rheinarmee an der Westgrenze verstrichen waren, befand sich dieselbe noch immer nicht in der Lage, einen allgemeinen Angriff zu unternehmen. Das Korps Douay bei Belfort war noch nicht vollzählig, das 6. und Gardekorps erst auf dem Marsch nach Metz.

Daher fiel die Offensive der deutschen Armee zu, welche sich durch Heranziehung des 1., 2. und 6. Korps um 100.000 Mann verstärkt hatte.

Die erste Armee marschierte gegen die Saar, die zweite Armee zog mitten durch die Rheinpfalz, die dritte Armee, bei Landau und Germersheim konzentriert, marschierte nach der Lauter. Die letztere Armee kam zuerst mit der 2. Division des Korps von Mac-Mahon, welche unter General Douay in Weißenburg stand, in Berührung.

Nach heftigem, erbittertem Kampf wurde am 4. August von dem 5. und 11. preußischen und



dem 2. bayerischen Armeekorps Weißenburg und der dahinterliegende Geisberg erstürmt, wobei Douay selber fiel. Der Kronprinz setzte alsbald seinen Marsch über Weißenburg hinaus fort und traf bei Wörth auf Mac-Mahon, welcher mit etwa 50.000 Mann auf den Höhen von Fröschweiler eine starke Position eingenommen hatte.

Die Schlacht, welche, entgegen der ursprünglichen Absicht, schon am 6. August mit einem Angriff der Bayern und des 5. Korps begann, endigte nach tapferem Widerstand der Franzosen am Nachmittag mit der gänzlichen Niederlage Mac-Mahons.

Am selben Tag wurde von Truppen der ersten und zweiten Armee nach heldenmütiger Erstürmung der Spicherner Höhen das Korps Frossard geschlagen, worauf die ganze Rheinarmee sich auf Metz zurückzog. Allerdings wurde hierdurch die erste Idee der deutschen Heeresleitung, den Feind durch Umfassung seiner rechten Flanke auf dem rechten Moselufer zur Entscheidungsschlacht zu zwingen, vereitelt. Auch verlor die dritte Armee die Fühlung mit dem besiegten Feind, so daß Mac-Mahon und Douay sich mit Hilfe der Eisenbahn unbehelligt ins Lager von Châlons zurückziehen konnten.

Dennoch waren diese ersten Siege der Deutschen von der größten Bedeutung. Sie erfüllten das deutsche Volk mit freudiger Siegeszuversicht, Österreich gab seine Absicht, in den Kampf zu Gunsten Frankreichs einzugreifen, auf, in Frankreich rief die Kunde von den unerwarteten Niederlagen die größte Bestürzung hervor. ...

Der Plan, eine Landung in Norddeutschland zu unternehmen, wurde aufgegeben und die Aushebung aller waffenfähigen Männer beschlossen. Die Wut gegen das siegreiche Deutschland äußerte sich darin, daß sämtliche ansässigen Deutschen aus Frankreich vertrieben wurden. Der Kaiser legte am 12. August den Oberbefehl der Rheinarmee nieder und übergab ihn Bazaine, blieb aber bei der Armee. ...

Am 17. August nahm Bazaine westlich von Metz auf den Höhen von St.-Privat im Norden bis Rozérieulles im Süden mit 140.000 Mann eine starke Defensivstellung ein, in welcher er den Angriff der Deutschen erwartete. Derselbe erfolgte am 18. August, indem die erste Armee (7. und 8. Korps) gegen den linken französischen Flügel bei St.-Hubert vorging, die zweite Armee (9., 12. und Gardekorps mit dem 3. und 10. Korps in Reserve) den rechten feindlichen Flügel bei Amanvillers und St.-Privat angriff.

Der König von Preußen leitete persönlich die Schlacht von Gravelotte aus. Bazaine richtete seine Hauptkraft auf die Behauptung von St.-Hubert, und hier konnte erst am Abend durch das Eingreifen des 2. Korps ein Erfolg erzielt werden. Dagegen gelang es dem 12. Korps und der Garde, den rechten Flügel der Franzosen in der Flanke zu fassen und gänzlich zu zerschmettern, so daß Bazaine sich in der Nacht hinter die Forts zurückziehen mußte.

Das Ergebnis der drei Schlachttage von Metz, 14., 16. und 18. August, das allerdings mit dem ungeheuren Verlust von 1.832 Offizieren und 39.000 Mann erkauft wurde, war, daß der Abmarsch der französischen Rheinarmee nach Châlons verhindert und dieselbe in Metz eingeschlossen wurde. ...

Der Kriegsminister Palikao erteilte ... Mac-Mahon den Befehl, durch einen Marsch in der rechten Flanke der vorrückenden deutschen Armeen etwa bei Diedenhofen eine Vereinigung mit Bazaine, der gleichzeitig aus Metz herausbrechen werde, zu bewerkstelligen. ...

Am 21. August brach die Armee (mit etwa 130.000 Mann) aus dem Lager auf, um über Reims, Rethel und Montmédy nach Diedenhofen zu marschieren. ... Bereits am 27. August wurden die Franzosen von der Kavallerie des Kronprinzen bei Buzancy erreicht.

König Wilhelm befahl nun, daß die Maarmee und zwei von Metz herangezogene Korps dem Feinde den Weg nach Metz verlegen, die dritte Armee aber ihn im Westen umfassen und nach der belgischen Grenze drängen sollte.

Diese Operationen wurden pünktlich und sicher ausgeführt, am 30. August wurde das 5. Korps der Franzosen bei Beaumont eingeholt und zersprengt und Mac-Mahon, ehe er sich

nach Mézières retten oder über die belgische Grenze gehen konnte, am 1. September bei Sedan zur Schlacht gezwungen.

Nachdem die französische Armee im Norden der Festung völlig umzingelt wurde, war weiterer Widerstand nutzlos; am 2. September mußte General Wimpffen, des verwundeten MacMahon Nachfolger, die Kapitulation von Sedan unterzeichnen, durch welche, außer den 21.000 in der Schlacht gefangenen, 83.000 Franzosen, darunter 2.866 Offiziere, in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten. Nur das 13. Korps entkam den Deutschen und rettete sich nach Paris.

Der Versuch, den Bazaine am 31. August machte, die deutsche Frontlinie vor Metz auf dem rechten Moselufer zu durchbrechen, wurde in der zweitägigen Schlacht von Noisseville zurückgewiesen. Die eine französische Armee war also in Metz eingeschlossen, die andere kriegsgefangen, das stolze Heer des Kaiserreiches vernichtet.

Kaiser Napoleon hatte sich schon am 1. September dem König Wilhelm als Kriegsgefangener ergeben. In persönlichen Unterredungen mit Bismarck und dem König machte er nur den Versuch, das Schicksal der Armee von Sedan zu mildern, lehnte aber Friedensverhandlungen ab.

...

Die deutschen Korps setzten sich ... von Sedan sofort gegen die Hauptstadt in Bewegung, in welcher allerdings an Liniengruppen, Mobil- und Nationalgarden gegen 400.000 Mann versammelt waren, indes noch ein solches Chaos herrschte, daß am 19. September die deutsche Armee ohne alle Schwierigkeiten die Einschließung von Paris vollenden konnte. ...

Da zu einer Beschießung kein schweres Geschütz zur Stelle, zu einem gewaltsamen Angriff die (deutsche) Armee (ca. 130.000 Mann) viel zu schwach war, so war man ... genötigt, sich auf Einschließung und Aushungerung der Stadt zu beschränken, die aber über Erwarten spät zum Ziel führte, da es den Franzosen gelungen war, die Hauptstadt noch rechtzeitig in wirklich großartiger Weise zu verproviantieren.

Daneben wurde durch energische Belagerung der Festungen im östlichen Frankreich der Rücken gedeckt und die Verbindung mit Deutschland gesichert.

Am 23. September fiel Toul, wodurch die Armee vor Paris eine Bahnverbindung mit dem Rhein erhielt, am 27. wurde Straßburg nach regelrechter Beschießung zur Kapitulation gezwungen ...

(Nach) ... der Kapitulation von Metz am 27. Oktober fielen 173.000 Mann mit 6.000 Offizieren in deutsche Gefangenschaft, und die erste und zweite deutsche Armee wurden für den Schutz der Armee vor Paris und für den Krieg in der Provinz verwendbar, der nun mit Tatkraft und Erfolg geführt wurde.

General von Manteuffel rückte mit dem 1. und 8. Korps nach dem Norden, warf die Franzosen am 27. November bei Amiens zurück, besetzte am 18. November diese Stadt, am 5. Dezember Rouen und am 9. Dezember Dieppe. ...

Im Januar 1871 sollte sodann der Hauptangriff auf die Deutschen auf verschiedenen Punkten zugleich erfolgen: die Pariser Armee sollte einen großen Ausfall machen, Faidherbe von Norden und Chanzy von Westen demselben entgegenkommen; der entscheidende Schlag sollte aber im Osten geführt werden, indem Bourbaki durch einen kühnen Zug auf Belfort dieses zu entsetzen, Werders Korps zu zersprengen und durch rasches Vordringen in das Moselgebiet die Deutschen vor Paris und in Orléans von ihrer Verbindung mit dem Rhein und ihrer Verpflegung abzuschneiden beauftragt wurde.

Obwohl Trochu einen neuen Ausfall für aussichtslos hielt, so ließ er ihn doch zu: am 19. Januar versuchten 100.000 Mann vom Fuß des Mont Valérien aus nach Westen durchzubrechen, wurden aber vom preußischen Korps unter empfindlichen Verlusten zurückgewiesen.

An demselben Tag erlitt Faidherbe durch Goeben bei Saint-Quentin eine völlige Niederlage und mußte ... in die nördlichen Festungen flüchten.

Der Chanzyschen Armee kam Friedrich Karl mit dem Angriff zuvor: in den siebentägigen Gefechten von Le Mans (6.-12. Januar) wurde dieselbe bis Laval zurückgeschlagen und für längere Zeit kampfunfähig gemacht.

Der Vormarsch Bourbakis gegen Belfort zwang zwar Werder, Dijon zu räumen und westlich der Festung zum Schutz der Belagerung an der Lisaine eine feste Stellung zu nehmen. Der Versuch der Franzosen, dieselbe zu erstürmen, wurde vom 15.-17. Januar von den deutschen Truppen abgeschlagen ...

Da nun in Paris die Lebensmittel trotz größter Vorsicht gänzlich auszugehen drohten, mußte sich die Regierung zu Verhandlungen entschließen. Nach mehrtägigen Unterhandlungen zwischen Bismarck und Jules Favre in Versailles wurde am 28. Januar eine Konvention abgeschlossen, in welcher ein Waffenstillstand auf 21 Tage und zugleich die Übergabe sämtlicher Forts um Paris von Favre zugestanden wurden. ...

Die am 12. Februar zu Bordeaux eröffnete Nationalversammlung ernannte am 17. Februar Thiers zum Chef der Exekutivgewalt der französischen Republik und beauftragte ihn mit Eröffnung der Friedensunterhandlungen. Dieser begab sich am 21. Februar nebst den Ministern Favre und Picard und einer von der Nationalversammlung gewählten diplomatischen Kommission von 15 Mitgliedern in das deutsche Hauptquartier zu Versailles, um die Unterhandlungen anzuknüpfen.

Von der deutschen Regierung wurde die Abtretung von Elsaß-Lothringen mit Straßburg, Metz und Belfort und eine Kriegskontribution von 6 Milliarden Franc verlangt. Die französischen Unterhändler brachten die Geldforderung auf 5 Milliarden herab, bis zu deren Abzahlung französisches Territorium besetzt bleiben sollte, und setzten durch, daß die Festung Belfort bei Frankreich verblieb.

Die auswärtigen Mächte, besonders England, hätten sich gern in die Verhandlungen zu Gunsten Frankreichs eingemischt; indes der Reichskanzler bestand darauf, daß Deutschland, das den Krieg allein ausgefochten, auch allein den Frieden schließe.

... Da aber dort die französischen Diplomaten unerwartete Schwierigkeiten machten, stockten die Unterhandlungen längere Zeit, bis die deutsche Regierung entschieden den Abschluß forderte.

Darauf wurde am 6. Mai der Kongreß nach Frankfurt verlegt, und hier kam am 10. Mai im Gasthof zum Schwan der Frankfurter Friede zustande, den von deutscher Seite Bismarck und Graf Arnim, von französischer Jules Favre, Pouyer-Quertier und Goulard unterzeichneten. ...

So endigte nach einer Dauer von 180 Tagen dieser Krieg, in welchem 15 größere Schlachten und weit über 100 Gefechte, fast alle für die Deutschen siegreich, geschlagen, 370.000 Franzosen nebst 12.000 Offizieren gefangen nach Deutschland abgeführt, gegen 7.400 Geschütze und 107 Fahnen von den Deutschen erbeutet wurden; im ganzen hatten 26.000 Offiziere und 702.000 Mann des französischen Heeres die Waffen strecken müssen.

Die französischen Verluste beliefen sich auf 80.000 Tote und 14 Milliarden an Kriegskosten. Der deutsche Gesamtverlust betrug 6.247 Offiziere und Ärzte und 123.453 Mann, darunter ca. 40.080 Tote. Insgesamt wurden von deutscher Seite 44.420 Offiziere und 1.451.944 Mann unter Waffen gestellt, davon 33.101 Offiziere und 1.113.254 Mann zum Krieg verwendet.

Der Gewinn des Krieges war nicht bloß die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen und der Festungen Straßburg und Metz, sondern auch die Gründung eines Deutschen Reiches, welches letzteres schon während des Krieges am 18. Januar 1871 in Versailles errichtet wurde.<<

Der deutsche Historiker Dag Krienen berichtet später (im März 2021) über den Französisch-Deutschen Krieg von 1870/71 (x1.032/...): >>**Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71**  
Von *Dag Krienen*

Nach einem Gefecht, in dem 1870 bayerische und preußische Truppen Schulter an Schulter einen Sieg über die Franzosen errungen hatten, wandte sich der preußische Kronprinz Fried-

rich Wilhelm an einen bayerischen Soldaten:

"Brav habt ihr Bayern euch gehalten. Ich bin stolz darauf, euer Oberbefehlshaber zu sein." Der Angesprochene stand stramm und antwortete: "Ja, Hoheit, Königliche. Hätten Sie uns g'führt anno Sechasechse, da hätten S' g'schaut, wie mer die Malefizpreiß'n außa g'stampert hätt'n!"

1870/71 zogen auf deutscher Seite Armeen miteinander in den Kampf, die wenige Jahre zuvor noch gegeneinander gefochten hatten. Die alten Ressentiments waren noch nicht verschwunden. Auch Friedrich Wilhelm fand an den bayerischen Soldaten manches auszusetzen. Doch gegen Frankreichs Armeen wirkten die Kriegsgegner von 1866 militärisch effektiv zusammen. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind stärkte das Bewußtsein, einer nationalen Schicksalsgemeinschaft anzugehören, und bildete eine wichtige Voraussetzung für die während des Krieges geschaffene staatliche Einheit Deutschlands.

Bereits durch den Krieg von 1866 hatte der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck sein zentrales Ziel, die Großmachtstellung Preußens auf Dauer abzusichern, weitgehend erreicht. Nach dem Herausdrängen Österreichs dominierte Preußen den mit den deutschen Staaten nördlich der Mainlinie 1867 geschlossenen Norddeutschen Bund.

Diesen Bund durch Anschluß der süddeutschen Staaten zu einem kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Führung weiterzuentwickeln, lag zwar nahe. Der nunmehrige norddeutsche Bundeskanzler Bismarck - seit 1866 zum Hoffnungsträger der bürgerlichen deutschen Nationalbewegung avanciert - hatte damit aber keine Eile. Noch Anfang 1869 betonte er: "Ein willkürliches, nur nach subjektiven Gründen bestimmtes Eingreifen in die Entwicklung der Geschichte hat immer nur das Abschlagen unreifer Früchte zur Folge gehabt; und daß die deutsche Einheit in diesem Augenblick keine reife Frucht ist, fällt meines Erachtens in die Augen."

Allerdings hatte Preußens Erfolg im Frankreich des Zweiten Kaiserreichs Neid und Besorgnis ausgelöst. Napoleon III. hatte 1866 einen preußischen Erfolg über den Erzrivalen Österreich noch durchaus für wünschenswert gehalten, wollte dafür aber "Kompensationen" erhalten. Die von ihm erwünschte Abtretung linksrheinischer Gebiete Deutschlands lehnte Bismarck ab, erklärte sich allerdings in unverbindlicher Form mit einem Gebietszuwachs Frankreichs auf Kosten Belgiens und Luxemburgs einverstanden. 1867 unterstützte er zunächst insgeheim den französischen Erwerb Luxemburgs, verweigerte am Ende aber auf Druck der deutschen Öffentlichkeit seine Zustimmung.

Die dadurch ausgelöste Krise konnte 1867 im Rahmen einer internationalen Konferenz beigelegt werden, auf der die Unabhängigkeit und die Neutralität Luxemburgs garantiert wurden. Doch ohne Kompensationen bedrohte der einseitige preußische Machtgewinn die vom Kaiser wie vom Volk wie selbstverständlich in Anspruch genommene legitime Vormachtstellung Frankreichs in Europa. Rufe nach "Rache für Sadowa" (Königgrätz) wurden laut. Nicht nur aus nüchternem machtpolitischen Kalkül, sondern auch aufgrund der preußenfeindlichen Stimmung in Frankreich durfte Napoleon III. von nun an keine weiteren spektakulären Erfolge des Nachbarn zulassen.

Noch strebten zwar weder der Kaiser noch Bismarck zielstrebig auf einen Krieg zu. Doch beide kalkulierten die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes mit ein und trafen dafür Vorbereitungen.

### **Der Thronfolgestreit und die Auslösung des Krieges**

In dieser Situation führte ein zunächst unbedeutend erscheinender Anlaß zur Eskalation. Seit der Absetzung der Königin Isabella im Jahre 1868 war der spanische Thron vakant. Als Thronkandidaten faßte die spanische Interimsregierung unter anderem den Prinzen Leopold von Hohenzollern ins Auge, der aus der süddeutsch-katholischen Nebenlinie des Hauses stammte. Nach einigem Hin und Her stimmte Leopold am 19. Juni 1870 dem spanischen Angebot zu. Der preußische König Wilhelm gab als Oberhaupt des Hauses Hohenzollern sein

Einverständnis. Die zunächst geheim gehaltene Kandidatur wurde Anfang Juli bekannt und löste in Frankreich Empörung aus.

Der französische Außenminister Agénor de Gramont erklärte vor der Kammer, daß Frankreich es nicht hinnehmen werde, daß ein Hohenzoller auf dem Thron Karls V. säße - eine Reminiszenz an die habsburgische Umklammerung im 16. Jahrhundert. Indirekt mit Krieg drohend, forderte er ultimativ die Rücknahme der Kandidatur Leopolds. Nachdem König Wilhelm insgeheim dazu geraten hatte, wurde sie am 12. Juli zurückgezogen.

Damit hätte die Krise ein Ende haben können.

Doch schon am 6. Juli 1870 hatten sich in Paris die Hardliner um die Kaiserin Eugénie gegen alle Bedenken des zögerlichen Kaisers durchgesetzt und das Kabinett beschlossen, die Angelegenheit zu einer diplomatischen Demütigung des preußischen Rivalen zu nutzen, wobei das Risiko eines Krieges in Kauf genommen wurde. Leopolds Verzichtserklärung reichte zu einer solchen Demütigung nicht aus, solange König Wilhelm an der Behauptung festhielt, es handle sich um eine reine Familienangelegenheit.

Gramont ließ deshalb den französischen Botschafter Vincent Benedetti am 13. Juli bei dem in Bad Ems zur Kur weilenden preußischen König vorsprechen. Wilhelm solle eine Entschuldigung für den Versuch der Installation eines Hohenzollerns auf Spaniens Thron aussprechen und vor allem garantieren, Entsprechendes nie wieder zu versuchen. Das wäre dem Eingeständnis gleichgekommen, daß doch der preußische Staat hinter der Kandidatur gestanden hätte und dieser nun vor den französischen Forderungen demütig einknicke.

Mit dieser unverschämten Forderung konfrontiert, lehnte der König weitere Unterredungen mit Benedetti ab und informierte die preußische Regierung über den Vorfall.

Bismarck kürzte die telegraphische Depesche seines Königs zu einer im Tonfall verschärften Pressemitteilung über die Begegnung Benedettis mit dem König in Bad Ems. Diese "Emser Depesche" wird oft als eine bewußte Provokation dargestellt, die nach den damaligen Ehrauffassungen Napoleon III. geradezu zur Kriegserklärung zwang. Tatsächlich gab schon das französische Ansinnen an einen regierenden Monarchen, sich für bestimmte Taten zu entschuldigen und eine Garantierklärung für zukünftiges Wohlverhalten abzugeben, nach den damaligen Ehrauffassungen einen Kriegsgrund ab - für Preußen.

Doch Wilhelm und Bismarck ließen sich nicht in die Falle locken. Die kaiserliche Regierung hatte sich bei dem Versuch, Preußen zu erniedrigen, vielmehr selbst in eine Falle manövriert, aus der sie, wollte sie ihr Gesicht wahren, nur durch einen Krieg herauskommen konnte. Sobald das französische Kabinett von Benedetti über die Zurückweisung seiner Forderungen durch Wilhelm erfuhr, ordnete es - noch bevor es den Wortlaut der Emser Depesche kannte - die Mobilmachung der Armee an und tat damit den entscheidenden Schritt zum Krieg.

Erst im Nachhinein verwendete es diese Depesche dazu, den Krieg vor der eigenen Öffentlichkeit als alternativlose Antwort auf eine Beleidigung der Ehre Frankreichs zu rechtfertigen. Am 15. Juli 1870 bewilligte das Parlament mit 245 zu 10 Stimmen die Kriegskredite; am 19. Juli 1870 erklärte Frankreich Preußen den Krieg.

Vor den Augen der Welt stand Frankreich nach seiner Kriegserklärung als Aggressor dar, der eine internationale Krise, die eigentlich schon beigelegt war, ohne Not wieder eskaliert und schließlich den Krieg aus reiner Ehrpusseligkeit entfesselt hatte. Dies galt auch für die deutschen Staaten. Baronin Hildegard von Spitzemberg, die Frau des württembergischen Gesandten in Berlin, stellte fest: "Unklüger hätten es die Franzosen auch nicht einrichten können: Anstatt uns zu spalten, vollziehen sie faktisch die Einigung Deutschlands, die nichts fester kitten wird als dieser gemeinsam geführte blutige Krieg um die eigene Existenz."

Die mit den süddeutschen Staaten bestehenden Schutz- und Trutz-Verträge, die Bismarck 1866/67 nach Indiskretionen über Napoleons Kompensationswünsche im linksrheinischen Deutschland abgeschlossen hatte, traten mit der Kriegserklärung nicht nur formal in Kraft,

sondern wurden in Süd- und Norddeutschland von einer breiten nationalen Solidarisierung mit Preußen begleitet.

Außenpolitisch waren die Gefahren einer militärischen Konfrontation mit einer weiteren europäischen Macht überschaubar. Großbritannien sah immer noch in Frankreich den traditionellen und gefährlichsten Rivalen in Europa. In London war der Aufstieg Preußens zum Gegengewicht der französischen Macht seit 1866 durchaus gern gesehen worden. Im zu dieser Zeit wegen Berlins Haltung im Krimkrieg preußenfreundlichen Rußland überwog die Abneigung gegen die Habsburger-Monarchie als Rivalin auf dem Balkan.

1868 kamen Berlin und St. Petersburg sogar überein, daß im Falle eines französischen Angriffs auf Preußen Rußland durch Truppenmassierungen an der Grenze zu Galizien eine österreichische Intervention verhindern sollte. In dem 1867 zur Doppelmonarchie Österreich-Ungarn umgebildeten Habsburgerstaat war der Gedanke an eine Revanche für 1866 zwar noch virulent. Der österreichische Reichskanzler und Außenminister Friedrich Ferdinand von Beust war sich aber bewußt, daß aufgrund der inneren Schwäche dieses Staatsgebildes, der latenten Bedrohung durch Rußland und der Haltung seiner deutschen und ungarischen Einwohner ein aggressiver antipreußischer Kurs unmöglich war.

Die politische Lageanalyse der französischen Regierung erwies sich hingegen rasch als realitätsfern. In der Julikrise ging Paris noch davon aus, daß ihm im Kriegsfall Österreich und Italien militärisch beistehen und die süddeutschen Staaten neutral bleiben würden.

Napoleon III. hatte seit 1867 die Unterstützung Österreich-Ungarns und auch Italiens als mögliche Verbündete gegen Preußen gesucht, aber nur vage Versprechen erhalten. Bei Kriegsausbruch bot er den Österreichern Teile Schlesiens sowie den Dänen Schleswig und Holstein an. Um Wien vom russischen Druck zu entlasten, wurde dem Zarenreich für eine wohlwollende Neutralität Danzig in Aussicht gestellt.

Doch keine Macht schluckte die Köder. Die süddeutschen Staaten verharrten nicht in Neutralität, sondern traten auf die Seite Preußens. Österreich-Ungarn, Italien und Dänemark entschlossen sich, die weitere Entwicklung abzuwarten. Die deutschen Siege im August 1870 erstickten dann rasch jede Bereitschaft, gegen Preußen zu marschieren. Frankreich mußte den Krieg gegen den Norddeutschen Bund und die süddeutschen Staaten allein ausfechten.

### **Die Kräfteverhältnisse und der Beginn des Konflikts**

Nach Kriegsausbruch löste sich auch die französische Illusion von der Überlegenheit seiner Armee rasch in Luft auf. Dieser Glaube war allerdings nicht ganz unverständlich. Das Land verfügte über knapp 500.000 Berufssoldaten und ausgebildete Reservisten, von denen die meisten in den vergangenen zwei Jahrzehnten Erfahrung auf den Schlachtfeldern gesammelt hatten. Die 1868 aufgestellten, schlecht ausgebildeten 400.000 Mann an "Mobilgarden" waren zumindest als Truppen zweiter Linie brauchbar. Die numerische Überlegenheit der verbündeten deutschen Truppen - rund. 730.000 reguläre Soldaten und Reservisten sowie 210.000 Landwehresoldaten für die zweite Linie - war auf den ersten Blick nicht sehr groß.

Auch waffentechnisch schien die französische Armee im Vorteil zu sein. Nach den preußischen Erfolgen von 1866, die man mit dem Einsatz des Zündnadelgewehrs erklärte, war sie mit einem neuen Hinterlader, dem Chassepotgewehr, ausgerüstet worden. Dieses besaß fast die doppelte Reichweite des Zündnadelgewehrs. Zudem verfügte die französische Armee über 190 Mitrailleusen, ein mit einer Kurbel bedientes frühes Maschinengewehr. Die Mitrailleuse sollte allerdings die in sie gesetzten Erwartungen aufgrund mangelnder Beweglichkeit, der Unfähigkeit zum Streuen der Salven und ihres taktisch falschen Einsatzes bei der Artillerie nicht erfüllen.

Ausgeglichen wurde die französische Überlegenheit auf dem Feld der Infanteriewaffen durch die preußische Artillerie. Diese hatte man nach 1866 komplett auf stählerne Hinterlader umgerüstet, während die französische Artillerie weiterhin nur bronzene Vorderlader besaß. Diese

verschossen mit Zeitzünder versehene Granaten, die bloß auf zwei Distanzen einstellbar waren, während die preußischen Geschütze Sprenggranaten mit Aufschlagzünder gegen beliebige Ziele auf beliebige Distanz einsetzen konnten.

Zudem war die preußische Artillerie zweckmäßiger gegliedert und wurde taktisch weit besser eingesetzt. Sie konnte nicht nur über größere Distanzen ein lang andauerndes Schnellfeuer gewährleisten, sondern auch zu Feuerkonzentrationen zusammengefaßt werden, denen die französische Artillerie nichts entgegenzusetzen hatte.

Die Franzosen planten, vor der Vollendung der preußischen Mobilmachung durch den schnellen Vorstoß einer rasch mobilgemachten Kernarmee die süddeutschen Staaten vom Norddeutschen Bund zu trennen. Doch der chaotische Verlauf ihrer Mobilmachung zerstörte diese Hoffnung. Die französischen Einheiten wurden zwar rasch zur Grenze geschickt, ohne aber zuvor mit Reservisten und wichtigem Kriegsmaterial auf Kriegsstärke aufgefüllt worden zu sein. Diese sollten nachgeschickt werden, erreichten aber aufgrund der miserablen Organisation des Transportwesens ihr Ziel meist nicht rechtzeitig oder sogar gar nicht.

Auf deutscher Seite liefen aufgrund der engen Zusammenarbeit von preußischem Generalstab und Eisenbahnverwaltung Mobilmachung und Aufmarsch in den Grenzregionen schnell und nahezu reibungslos ab. Die Einheiten wurden noch an ihren Standorten personell und materiell auf Kriegsstärke gebracht und dann per Eisenbahn zu den Zielorten transportiert.

Bei Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen Anfang August 1870 standen so fast 450.000 Soldaten aus den deutschen Staaten an der Grenze bereit, während nur 250.000 Franzosen aufmarschiert waren. Im Raume Metz stand die französische Rheinarmee unter Marschall François-Achille Bazaine, im Elsaß eine detachierte Gruppe unter Marschall Patrice de MacMahon. Auf deutscher Seite waren die Truppen in drei Armeen aufmarschiert, von denen die südlichste 3. Armee unter dem preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm aus je zwei preußischen und bayerischen Armeekorps sowie einer württembergischen und einer badischen Divisionen bestand.

Die Franzosen eröffneten den Feldzug am 2. August mit einem Vorstoß nach Saarbrücken, zogen sich aber nach zwei Tagen wieder zurück. Die deutschen Truppen rückten ab dem 4. August vor und schlugen binnen zweier Tage drei Grenzschlachten, die allesamt nicht vom Oberkommando unter Generalstabschef Helmuth von Moltke geplant, sondern durch das selbständige Vorgehen der Armee- und zum Teil auch nachgeordneter Truppenführer eingeleitet wurden.

Am 4. August drängten preußische und bayerische Verbände der 3. Armee bei dem kleinen Städtchen Weißenburg im Elsaß ein Korps Mac-Mahons zurück. Am 6. August schlug die 3. Armee die Truppen Mac-Mahons bei Wörth erneut, diesmal schwer. An demselben Tag gelang der 1. Armee bei Spichern ein Erfolg gegen die französische Rheinarmee, der diese nach Westen in Richtung Metz zurückwarf.

In diesen Schlachten ging die deutsche Infanterie oft noch in dichten Kolonnenformationen frontal gegen die gut verschanzten Franzosen vor und erlitt im Feuer der Chassepotgewehre schwere Verluste. Auf deutscher Seite war die Zahl der Toten und Verwundeten jedes Mal höher als auf französischer.

Nur durch die Gefangenen wurde das Verlustkonto in etwa wieder ausgeglichen. Es war der Initiative der deutschen Truppenführer, die aus eigenem Entschluß ihre Verbände in das Gefecht führten, sowie der überlegenen deutschen Artillerie zu verdanken, daß die Situation immer wieder gerettet wurde. Die französischen Offiziere ließen hingegen meist Eigeninitiative vermissen, kamen ihren bedrängten Nachbarn nicht zu Hilfe und verpaßten die vielen Gelegenheiten zu erfolversprechenden Gegenangriffen.

Dieses Schema, hohe deutsche Verluste im Gewehrfeuer der Franzosen, überlegene deutsche Artillerie und größere Initiative und taktische Beweglichkeit der deutschen Truppenführer,

prägten auch die weiteren Schlachten im August.

Nach den drei Grenzschlachten lag die militärische Initiative auf deutscher Seite. Für Frankreich verwandelte sich hingegen der geplante Feldzug zum Rhein in einen Krieg zur Verteidigung des Landes. Die angeschlagenen Truppen Mac-Mahons wurden aus dem Elsaß abgezogen und per Eisenbahn in das im Hinterland liegende Chalons an der Marne transportiert, um dort mit einigen in Reserve gehaltenen und neu aufgestellten Verbänden zu einer neuen Armee formiert zu werden.

Bazaines noch intakte Rheinarmee zog sich zunächst auf die gut ausgebaute Festung Metz zurück, um sich danach möglichst bald mit der Chalons-Armee zu vereinigen.

Moltke hatte vor Kriegsbeginn zwar detaillierte Aufmarschpläne ausgearbeitet, aber keinen Feldzugsplan. Es gab nur die operative Grundidee, allgemein in Richtung Paris vorzugehen, "bis wir der Französischen Armee begegnen, um dann die Schlacht zu liefern". Die Teilung des kaiserlichen Heeres durch den Abzug Mac-Mahons nach Chalons gab Moltke die Chance, die Rheinarmee noch östlich von Paris zu überflügeln und zu stellen.

Die 1. Armee erhielt den Befehl, den Feind auf dem rechten Moselufer zu beobachten.

Die 2. und 3. Armee sollten südlich von Metz die Mosel überschreiten und nach Osten vorstoßen.

Bazaine sah die Gefahr durchaus. Von Metz aus gab es jedoch keine Bahnverbindung zum schnellen Ausweichen nach Westen, es blieben nur langsame konventionelle Fußmärsche.

Beim Rückzug wurden die französischen Nachhut am 14. August noch östlich von Metz bei Colombey-Nouilly von deutschen Vorhut angegriffen und ließen sich dazu verleiten, eine Schlacht zu liefern.

Taktisch gelang ihnen sogar ein Abwehrerfolg. Allerdings kostete dieser die Rheinarmee einen vollen Marschtag in Richtung Westen. Zur gleichen Zeit überquerte die deutsche 2. Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl von Preußen südlich von Metz die Mosel, um Bazaine den Weg zu verlegen. Der Prinz überschätzte indes das Tempo der Franzosen und ließ die Masse seiner Truppen zu weit nach Westen in Richtung Maas vorstoßen.

Bazaines Armee hingegen machte einen Tagesmarsch westlich von Metz noch einmal einen Halt, um Nachzügler und Proviantkolonnen aufschließen zu lassen. Als Friedrich Karl feindliche Truppenansammlungen in diesem Gebiet gemeldet wurden, gab er - im Glauben, daß es sich nur um die Nachhut der abziehenden Rheinarmee handele - seinem zurückhängenden rechten Flügel die Weisung, diesen für schwach gehaltenen Gegner anzugreifen. Tatsächlich aber stieß am 16. August das III. Korps unter General Constantin von Alvensleben auf fast die komplette Rheinarmee.

Die nun folgende Schlacht von Mars-la-Tour (beziehungsweise Vionville) wurde durch den Entschluß von Alvenslebens geprägt, trotz der Konfrontation mit einer mehrfachen Übermacht zum Angriff überzugehen. Erneut litten die Preußen im französischen Gewehrfeuer schwer. Einzelne Bataillone verloren alle ihre Offiziere und wurden nur noch von Feldwebeln geführt, setzten den Kampf aber fort. Erst am Nachmittag konnte das stark bedrängte III. Korps durch das aus Nordwesten herbeieilende X. Armeekorps unterstützt werden. Gemessen an den Kräfteverhältnissen hätten die Franzosen die Schlacht dennoch eigentlich für sich entscheiden und zumindest das III. Korps zerschlagen müssen.

Die wütenden Angriffe dieses einsamen Korps hatten nach Bazaines Meinung aber nur Sinn, wenn sie ihn in eine Falle locken oder den Auftakt zu einem baldigen Großangriff einer gesamten deutschen Armee bilden würden. Große Teile seiner Truppen ließ er deshalb untätig in der Reserve verharren. Ihm und seinen Unterführern fehlte die Entschlossenheit, die wiederholt sich bietenden Chancen zu nutzen, Alvensleben durch entschiedene Angriffe zu überwältigen. Am Abend räumte Bazaine das Schlachtfeld und zog sich in Richtung Osten zurück. Beide Seiten hatten Verluste von jeweils 15.000 bis 17.000 Mann erlitten.



Bazaines nach Osten zurückgeworfene Armee bezog westlich von Metz eine Auffangposition zwischen Saint-Privat im Norden und Rozérieulles im Süden. In der sehr starken Defensivstellung hoffte der Marschall, einen Abwehrsieg zu erringen und die Deutschen zurückzuwerfen. Danach sollte die Rheinarmee weiter nach Westen in Richtung Verdun marschieren und sich mit der Armee MacMahons zusammenschließen.

Zunächst schienen sich seine Hoffnungen zu erfüllen, denn Moltke hatte die Ausdehnung der gegnerischen Stellungen unterschätzt. Das zur Flankierung angesetzte preußische Gardekorps stieß am 18. August in der Schlacht von Gravelotte frontal auf die gut ausgebauten Stellungen bei St. Privat. Erneut erlitten die Deutschen hohe Verluste und konnten lange Zeit keine Vorteile erzielen.

Erst bei anbrechender Nacht gelang den Sachsen des XII. Armeekorps der Einbruch in den französischen Nordflügel. Bazaine sah nun seine gesamte Stellung in Gefahr, räumte in der Nacht das Feld und ließ seine Armee in die Festung Metz zurückgehen. Auch bei Gravelotte hätten die Franzosen die Schlacht an sich gewinnen müssen, doch zeigten sowohl Bazaine als auch seine Offiziere erneut wenig Initiative und Entschlußkraft und verpaßten ihre Chancen.

### **Sedan und die Folgen**

Die Schlachten von Mars-la-Tour und Gravelotte waren die ersten großen militärischen Vorentscheidungen des Krieges. Sie stehen in ihrer Bedeutung der wenig später geschlagenen Schlacht von Sedan nicht nach. Wären der Rheinarmee der Durchbruch nach Westen und die Vereinigung mit der Chalons-Armee gelungen, unter Umständen sogar unter Zerschlagung von ein oder zwei deutschen Armeekorps, hätte Napoleon III. eine ansehnliche Streitmacht zu einer beweglichen Kampfführung ostwärts von Paris gegen geschwächte deutsche Truppen mit langen Nachschubwegen zur Verfügung gehabt.

Auch andere militärische Optionen der Franzosen lösten sich nach den verlorenen August-Schlachten in Luft auf. Schon nach den Grenzschlachten hatte Wien seine ohnehin nur halbherzig betriebene Rüstung eingestellt und die von Anfang an nicht großen Hoffnungen auf militärische Hilfe für Paris zunichte gemacht. Auch die Hoffnung auf Dänemarks Kriegseintritt mußte Paris begraben.

Um Kopenhagen dazu zu ermuntern, hatte die der Flotte des Norddeutschen Bundes weit überlegene französische Flotte geplant, 40.000 Mann an der norddeutschen Küste anzulanden, die zusammen mit den Dänen gegen die dort verbliebenen schwachen deutschen Truppen vorgehen sollten.

Am 23. August wurde das Unternehmen jedoch abgeblasen, da man die dafür vorgesehenen Soldaten dringend in Frankreich brauchte. Ende September wurden auch die zur Blockade der deutschen Küsten in Nord- und Ostsee stationierten französischen Kriegsschiffe abgezogen, weil man deren Besatzungen an der Landfront verwenden wollte.

Besorgnis erregten auf deutscher Seite allerdings die hohen Verluste, mit denen die bisherigen Siege erkauft worden waren. In den zwei Wochen vom 4. bis zum 19. August 1870 waren rund 58.000 Tote, Verwundete und Vermißte zu verzeichnen gewesen. Das entsprach 40 Prozent der gesamten Kriegsverluste in Höhe von 144.000 Mann. Insbesondere die Verluste an Offizieren, die noch mit gezogenem Säbel ihren Truppen vorauseilten, waren überproportional hoch. Der König zeigte sich "ganz geknickt durch unsere Verluste".

Otto von Bismarck, dessen Sohn Herbert auf dem Schlachtfeld von Mars-la-Tour schwer verwundet worden war, beklagte in einem Brief an seine Frau die "Verschwendung der besten Soldaten Europas" und bezweifelte, daß man angesichts solcher Verluste jemals Paris erreichen werde. Am 21. August erließ Wilhelm einen Befehl, der seinen Truppenführern vorschrieb, durch bessere Ausnutzung des Terrains, geeignetere Formationen und gründlichere Vorbereitung der Angriffe mit geringeren Opfern zu siegen.

Das blieb nicht ohne Wirkung. Die Infanterie ging im Angriff zu einem sprunghaften Vorge-

hen in aufgelockerter Ordnung und unter Anpassung an das Gelände über, was die beim bislang üblichen Vorgehen in engen Formationen auftretenden hohen Verluste vermied. Auch die verbesserte Zusammenarbeit mit der Artillerie, insbesondere das Abwarten der eigenen Artillerieunterstützung statt eines kopflosen Ran-an-den-Feind, verringerten in der Folgezeit die deutschen Verluste erheblich.

Die Hälfte des französischen Feldheeres war zwar nun in Metz eingeschlossen, allerdings konnte es unter Deckung der Geschütze dieser modern ausgebauten und mit vielen Vorwerken ausgestatteten Festung nicht in einem Zuge vernichtet werden. Es blieb nur das Aushungern durch Belagerung. Bazaines angeschlagene, aber noch kampffähige Armee band so immerhin zwei deutsche Feldarmeen, gut 200.000 Mann.

Bereits am 29. August unternahm sie bei Noisseville einen Ausbruchversuch, um die Verbindung mit der Chalons-Armee herzustellen, über deren Anmarsch Bazaine vage Informationen erhalten hatte. Doch scheiterte dieser wie auch alle späteren Ausfälle, die zuletzt nur noch zur Beschaffung von Lebensmitteln unternommen wurden. Ausgehungert und von einer Ruhrepidemie heimgesucht, kapitulierte Bazaine schließlich am 27. Oktober mit immerhin noch 150.000 waffenfähigen Männern.

Zuvor waren bereits bei den Ausfällen rund 45.000 Soldaten gefallen, verwundet worden oder in Gefangenschaft geraten.

Moltke formierte aus Abgaben der Armeen, die er zur Bewachung von Metz zurückließ, eine neue, die Maasarmee unter dem Kronprinzen Albert von Sachsen. Daneben stand noch die 3. Armee zu Verfügung. Moltke setzte beiden Armeen, zusammen knapp 190.000 Mann, in der vierten Augustwoche in Richtung Westen in Marsch, weil er dort die Chalons-Armee als letzte französische Feldarmee fassen zu können glaubte, die nach seinem Dafürhalten zur Dekkung von Paris verwendet wurde.

Napoleon III. begab sich zur Chalons-Armee, überließ aber Mac-Mahon den Oberbefehl. Beide hatten ursprünglich die Absicht, ihre rund 130.000 Mann nach Paris zurückzuziehen, um die Stadt gegen einen deutschen Angriff zu verteidigen. In Paris waren indes die als Regentin für den abwesenden Napoleon fungierende Kaiserin Eugénie, der neue Regierungschef und Kriegsminister Graf Charles Palikao und andere hochrangige Bonapartisten nicht zu Unrecht der Überzeugung, daß der Kaiser seinen Thron verlieren würde, wenn er Bazaine im Stich ließe.

Unter diesem Druck änderte Mac-Mahon seine Strategie und stieß ab dem 23. August von Reims aus in Richtung Nordosten vor, um über Montmédy längs der belgischen Grenze ostwärts in Richtung Metz vorzugehen, in der vagen Hoffnung, sich so gleichsam in deren Rücken an den deutschen Armeen vorbeischmuggeln zu können.

Es wäre ihm vielleicht sogar gelungen, hätte nicht am 25. August das deutsche Hauptquartier durch eine Londoner Pressemeldung Kenntnis von den Operationsabsichten Mac-Mahons erhalten, die kurz darauf durch Aufklärungsergebnisse der Kavallerie ergänzt wurden. Moltke ließ seine zwei Armeen aus Richtung West in Richtung Nord abschwanken, um ihn zu stellen. Am 30. August überraschten deutsche Truppen bei Beaumont, 25 Kilometer südöstlich von Sedan, das französische V. Korps im Biwak und zwangen es zum Rückzug.

Nach dieser Niederlage entschloß sich Mac-Mahon zum Abbruch des Marsches nach Metz und zum Rückzug auf Sedan, einer kleinen Festung nahe der belgischen Grenze. Dort wollte er seine Armee sammeln und sich danach über Mezières nach Westen zurückzuziehen. Doch erneut unterschätzten die Franzosen das Marschtempo der deutschen Truppen.

Am Abend des 31. August begannen die Maas- und die 3. Armee, die bei Sedan versammelte Chalons-Armee in die Zange zu nehmen. Am 1. September überschritten die Angriffsspitzen der Maasarmee westlich von Sedan die Maas nach Norden, schwenken nach Osten ab und stellten noch vor Mittag die Verbindung mit der von Osten kommenden 3. Armee her. Der

Ring um die Franzosen war geschlossen. Ein französischer Kommandeur kommentierte die Lage drastisch: "Wir sitzen in einem Nachtopf, und wir werden darin zugeschissen werden." Tatsächlich brachte die preußische Artillerie 456 Geschütze zusammen, damals eine Artilleriekonzentration von außerordentlicher Stärke, und belegte den gesamten Raum des engen Kessels mit ununterbrochenem Feuer.

Anders als in Metz waren Sedans Befestigungsanlagen veraltet und boten wenig Schutz. Die Deutschen konnten hier die feindliche Armee nicht nur einschließen, sondern auch in einem Zuge vernichten. Durch verzweifelte Attacken versuchte die französische Kavallerie noch, den Weg nach Westen freizukämpfen, was zwar die Bewunderung König Wilhelms für die Tapferkeit dieser "wackeren Kerle" hervorrief, aber ansonsten erfolglos blieb.

In dieser verzweifelten Lage ließ Napoleon III. die weiße Fahne hissen und übergab den überraschten Deutschen, die von seiner Anwesenheit in Sedan nichts wussten, seinen Degen. Die eigentlichen Kapitulationsverhandlungen dauerten bis zum Vormittag des 2. September. MacMahons Armee mußte kapitulieren. Alle Waffen, Geschütze und Truppenfahnen sowie die Festung wurden übergeben.

Die Zahl der Kriegsgefangenen betrug rund 85.000, darunter gut 2.800 Offiziere, 39 Generäle sowie ein Kaiser. Weitere 21.000 Franzosen waren schon während der Kämpfe gefangenegenommen, 17.000 gefallen oder verwundet worden. 3.000 Mann schafften es, nach Belgien in die Internierung zu entkommen. Nur ein kleiner Teil der Kavallerie hatte sich nach Westen absetzen können.

Die deutschen Verluste betragen knapp 9.000 Tote und Verwundete und waren damit deutlich niedriger als die französischen.

Auch nach der Schlacht bei Sedan wurde der Kampf mit großer Härte fortgesetzt: Szene aus der Schlacht bei Amiens, zeitgenössische Illustration.

### **Der Zusammenbruch des französischen Kaiserreichs, die neue Republik und das Volksaufgebot**

Doch so groß der militärische Erfolg auch war, als entschieden konnte der Krieg noch nicht gelten. Nachdem Paris die Nachricht von der Niederlage und der Gefangennahme Napoleons erreicht hatte, wurde in einem unblutigen Putsch am 4. September das Kaiserreich abgeschafft und die (3.) Republik proklamiert. Man bildete eine "Provisorische Regierung" der nationalen Verteidigung unter dem Militärkommandanten von Paris, General Louis Trochu, in der der neue Innen- und Kriegsminister Léon Gambetta den Ton angab.

Die deutschen Armeen stießen derweil vor und schlossen Paris am 19. September ein. Am selben Tag traf sich der als neuer Außenminister berufene Jules Favre, der schon zuvor die Fortsetzung des Krieges à outrance (bis zum Äußersten) angekündigt hatte, mit Bismarck. Er bot fünf Milliarden Francs Kriegsschädigung an, wollte jedoch auf keinen Fall einen Frieden mit irgendwelchen Gebietsabtretungen akzeptieren.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die deutsche Führung bereits darauf festgelegt, die Abtretung des Elsaß und von Teilen Lothringens zu fordern. Die Presse in Deutschland hatte schon seit Kriegsausbruch darauf gedrängt, weil Ludwig XIV. durch den Raub dieser deutschen Provinzen im 17. Jahrhundert Unrecht begangen habe. Für Bismarck war dies eine reine "Professorenidee".

Das Argument der Generale, daß zur besseren militärischen Sicherung des Rheingebiets und Süddeutschlands das deutsche Vorfeld in Richtung Westen erweitert werden müsse, leuchtete ihm hingegen ein. Er ging zudem davon aus, daß, egal wer auch Frankreich regieren würde, das Land sich eine spätere Gelegenheit zu einer kriegerischen Revanche für die jetzige, als tiefe Demütigung empfundene Niederlage nicht entgehen lassen würde.

Wiederholt betonte er, daß die "Bitterkeit (der Franzosen) ganz in demselben Maße stattfinden wird, wenn sie ohne Landabtretung aus dem Kriege herauskommen ... Schon unser Sieg bei

Sadowa (1866 gegen Österreich) hat Bitterkeit in den Franzosen geweckt; wie viel mehr wird es unser Sieg über sie selbst tun!". Die Verhandlungen mit Favre am 19. September, der zuvor allen europäischen Regierungen verkündet hatte, daß Frankreich "keinen Zollbreit unseres Gebietes, keinen Stein unserer Festungen abtreten werde", scheiterten an der Frage des Schicksals von Elsaß und Lothringen.

Die Fortsetzung des Krieges durch die Provisorische Regierung war kein völlig hoffnungsloses Unterfangen. General Trouchu verfügte zur Verteidigung von Paris über 350.000 Mann und 2.600 Geschütze, zum großen Teil zwar nur mangelhaft ausgebildete und ausgerüstete Mobil- und Nationalgarden, aber auch noch 80.000 Mann reguläre Truppen.

Die Paris in einem weiträumigen Einschließungsring belagernden Deutschen standen ähnlich wie bei Metz vor dem Problem, daß direkte Angriffe zur Eroberung der durch viele Außenforts gut geschützten Stadt schwere Verluste gekostet hätten. Es blieb nur das Aushungern der Stadt. Damit waren aber für den Moment nahezu alle deutschen Truppen durch die Belagerung französischer Festungen gebunden - neben Paris und Metz auch eine Reihe kleinerer wie Toul und Straßburg. Für Operationen in die Tiefe Frankreichs oder gar dessen komplette Besetzung waren keine Truppen mehr verfügbar.

Unter der energischen Leitung Gambettas, der in einem Heißluftballon aus dem eingeschlossenen Paris entkommen war, begann die "Delegation der provisorischen Regierung" in Tours mit der Aufstellung neuer Truppen in den unbesetzten Provinzen des Landes. Personell konnte sie auf ein Potential von zwei Millionen wehrfähigen Männern zurückgreifen.

Auch die Ausrüstung der neuen Massenheere machte wenig Probleme. Wichtige Produktionsstätten der Rüstung waren in französischer Hand geblieben. Da zudem die überlegene französische Flotte die Seewege sicherte, konnten umfangreiche Waffen- und Munitionsimporte aus den USA und Großbritannien die Häfen des Landes erreichen.

Was fehlte, waren erfahrene Offiziere und Unteroffiziere. Die meisten waren gefallen, gefangenommen oder in Metz, Paris und anderswo eingeschlossen. An der Spitze der neu aufgestellten Armeen standen zwar oft noch professionelle, teilweise aus dem Ruhestand geholte Führer, doch waren die meisten der neu rekrutierten französischen Unterführer und Offiziere nicht fähig, die von Gambetta in großer Zahl ausgehobenen Männer zu guten Soldaten auszubilden und im Gefecht taktisch effektiv zu führen. Zudem wurden die frisch rekrutierten Armeen auf Druck Gambettas zu früh und ohne festen inneren Zusammenhalt in die Schlacht geworfen.

Im deutschen Artilleriefeuer erwiesen sie sich als wenig standfest. Die disziplinierten und kriegserfahrenen deutschen Truppen blieben so in den Gefechten nach dem September 1870 trotz ihrer fast immer gegebenen numerischer Unterlegenheit meist siegreich und fügten den Franzosen deutlich höhere blutige Verluste zu als sie selbst erlitten.

Daran änderten auch die Francs-tireurs (Freischützen) nichts. Bereits Napoleon III. hatte zur Bildung von Freiwilligenverbänden aufgefordert, die hinter den deutschen Linien operieren, ihren Nachschub bedrohen und das Hinterland beunruhigen sollten. Die Provisorische Regierung rief nun zum allgemeinen Volkskrieg auf. Rund 60.000 Mann schlossen sich den Franc-tireurs an, darunter auch ausländische Abenteurer und Sympathisanten wie der italienische Freischarführer Giuseppe Garibaldi. Die selbstorganisierten kleinen Trupps griffen deutsche Nachschubtransporte, Requisitionskommandos und kleinere Einheiten der Besatzungstruppen an.

Den Franc-tireurs gelangen zwar einige wenige spektakuläre Erfolge, doch hielt sich die von ihnen ausgehende militärische Bedrohung in Grenzen. Die Zahl ihrer deutschen Opfer wird auf kaum mehr als 1.000 geschätzt.

Dennoch reagierte die deutsche Seite außerordentlich empfindlich. Da die Freischärler selten uniformiert waren, Sabotageakte verübten und oft aus Hinterhalten heraus kämpften, waren

sie bei den deutschen Soldaten gefürchtet und verhaßt. Moltke legte fest, daß die Franc-tireurs nicht zu den legitimen Kombattanten zählten und bei Ergreifen standrechtlich zu erschießen seien.

Zum Schutz der Eisenbahnen ordnete er zudem Geiselnahmen und gegebenenfalls Repressalien gegen Orte an, von denen Freischärler-Aktivitäten ausgingen. Anfang November 1870 empfahl er "als wirksames Mittel die Zerstörung des betreffenden Gehöfts und bei größerer Beteiligung die der gesamten Ortschaft". In Einzelfällen kam es auch zur Erschießung aller männlichen Einwohner im wehrfähigen Alter. Der als Beobachter im deutschen Hauptquartier weilende US-General Philip Sheridan riet Bismarck im Oktober 1870 sogar: "Sie verstehen es, einen Feind zu schlagen wie keine andere Armee, aber ihn zu vernichten, das haben Sie nicht weg. Man muß mehr Rauch von brennenden Dörfern sehen, sonst werden sie mit den Franzosen nicht fertig."

Sheridan hatte einige Jahre zuvor, während des amerikanischen Bürgerkrieges, bei seinem Feldzug durch das Shenandoah-Tal reichlich Erfahrung mit der von ihm empfohlenen Vernichtungskriegführung gemacht. Doch auch wenn sich mancher ihrer Militärs für ein härteres Vorgehen erwärmen konnte, zu einer systematischen Verwüstung ganzer Landstriche ließen sich die Deutschen nicht hinreißen.

Noch im September 1870 eroberten die Deutschen jene französischen Festungen, die die wichtigsten Eisenbahnlinien von Deutschland nach Paris blockierten: Toul und Straßburg. Der Fall dieser und später weiterer Festungen ließ dringend benötigte Truppen frei werden. Im Falle Straßburgs waren das die badischen sowie zwei Landwehrdivisionen, die man zu einem neuen Armeekorps mit über 40.000 Mann zusammenfaßte, das die Burgundische Pforte sicherte. Durch die Kapitulation von Metz am 27. Oktober wurden zwei ganze Armeen, 200.000 Mann, frei, gerade noch rechtzeitig, um den in der Provinz neu aufgestellten französischen Armeen entgegentreten zu können.

Die Franzosen versammelten ihre neuen Truppen im Herbst 1870 in drei Gebieten: Im Norden zwischen Somme und Seine-Mündung (Rouen, Amiens, St. Quentin), im Südwesten im Tal der Loire bei Orléans und im Südosten an der Saone südlich von Belfort.

Aus dem Südwesten und dem Norden versuchten die französischen Ersatzheere wiederholt, in Richtung Paris vorzustoßen und den deutschen Belagerungsring aufzubrechen. Zeitlich koordiniert mit den Vorstößen aus den Provinzen - über Heißluftballons und Brieftauben gelangten Nachrichten in und aus der Stadt hinein und hinaus - unternahm die Pariser Garnison mehrfach Ausbruchversuche. Die Gefahr für die deutschen Truppen in Frankreich war real. Ein Durchbrechen des Belagerungsringes von innen und außen hätte sie in ernsthafte Schwierigkeiten bringen können. Noch war der Krieg nicht entschieden.

Die größte Gefahr wuchs zunächst an der Loire. Bereits Ende September wurde dort ein erstes neues französisches Armeekorps mit 60.000 Mann aufgestellt. Moltke zog das I. bayerische Korps unter General Ludwig von der Tann von der Belagerung von Paris ab und schickte es, verstärkt durch eine preußische Infanteriedivision, an die Loire. Zunächst konnte von der Tann die Franzosen zurückschlagen und am 11. Oktober Orléans besetzen.

Auf die Nachricht eines Ausfalls der Pariser hin griffen aber am 9. November 70.000 Mann der nunmehrigen Loirearmee das 20.000 Mann zählende bayrische Korps bei Coulmiers an und zwangen es zum Rückzug sowie zur Räumung von Orléans. Noch bevor die Masse der bei Metz freigewordenen 2. Armee eintraf, griff die Loirearmee mit nunmehr 90.000 Mann die auf 35.000 Mann verstärkten preußischen und bayerischen Truppen erneut an. Doch diesmal erlitt sie in der Schlacht von Loigny und Poupry am 2. Dezember eine schwere Niederlage mit 18.000 Mann Verlusten. Am 5. Dezember eroberten deutsche Truppen Orléans zurück, fügten der Loirearmee weitere 20.000 Mann Verluste zu und spalteten sie in zwei Teile.

Auch an den anderen Fronten gelang den Franzosen kein entscheidender Erfolg. Die bei Metz

freigewordene 1. Armee unter der nunmehrigen Führung des Generals Edwin von Manteuffel besiegte die französische Nordarmee am 27. November 1870 bei Amiens und eroberte die Stadt. Ein neuer Befehlshaber, General Louis Faidherbe, konnte allerdings weitere deutsche Erfolge verhindern und am 23./24. Dezember 1870 in der taktisch unentschiedenen Schlacht am Fluß Hallue, einem Nebenfluß der Somme, den deutschen Vormarsch an die untere Seine (Le Havre) aufhalten.

Im Südosten schlug das nach dem Fall von Straßburg gebildete XIV. Armeekorps unter der Führung des Generals August von Werder Truppen der französischen Vogesenarmee mehrfach, besetzte am 30. Oktober Dijon und schloß die Festung Belfort ein.

### **Die Belagerung von Paris und letzte Kämpfe**

Neben dem militärischen Restrisiko wuchsen durch die Verlängerung des Krieges auch die politischen Risiken für die Deutschen. Zwar war die Gefahr gering, daß andere Mächte doch noch militärisch auf Seiten Frankreichs eingriffen. Was Bismarck jedoch ernsthaft fürchtete, war die Einberufung einer Konferenz der europäischen Mächte, die einen Frieden "vermittelt" und den Deutschen Elsaß-Lothringen und manches Andere verwehrt hätte. Doch nutzten viele Mächte lieber die Gelegenheit, ihre jeweils eigenen Ziele zu verfolgen. Italien hatte genug damit zu tun, im September 1870 den von französischen Schutztruppen geräumten Kirchenstaat zu erobern und seinem Staatsgebiet einzuverleiben.

Rußland zog es vor, von Bismarck dazu ermuntert, seine im Krimkrieg erfolgte Demütigung durch London und Paris zu revidieren. Es erklärte am 31. Oktober 1870 einseitig die Aufhebung der sogenannten Pontus-Klauseln des Pariser Friedens von 1856, die die Neutralisierung des Schwarzen Meeres vorschrieben und Rußland dort die Stationierung nennenswerter Seestreitkräfte untersagten. Zur Regelung dieser Frage trat tatsächlich Anfang 1871 in London eine europäische Konferenz zusammen, auf der Rußland mit Unterstützung Bismarcks seine Ziele zum großen Teil durchsetzen konnte.

Bismarck wünschte zudem einen Verhandlungsfrieden mit Frankreich. Ihm war wichtig, daß das besiegte Land zwar Kriegsentschädigung leistete und zwei Grenzprovinzen abtrat, aber ansonsten in seiner Souveränität nicht eingeschränkt wurde und als ein, wenn auch etwas zu rechtgestutzter Mitspieler, im Konzert der europäischen Großmächte erhalten blieb - in der Hoffnung, daß die anderen Großmächte eine solche Verschiebung im europäischen Gleichgewicht noch würden tolerieren können.

Für einen Verhandlungsfrieden brauchte Bismarck allerdings einen Partner auf französischer Seite, der im eigenen Land die Friedensbedingungen durchzusetzen willens und in der Lage war. Er verhandelte deshalb seit Anfang September 1870 bis zuletzt nicht nur mit den Vertretern der Provisorischen Regierung, sondern auch mit der im Londoner Exil befindlichen Kaiserin Eugénie, da er eine Restitution des kaiserlichen Regimes nicht für ausgeschlossen und in mancher Hinsicht auch für wünschenswert hielt.

Um den Druck auf die Provisorische Regierung zu erhöhen, plante Bismarck zudem die Beschießung des belagerten Paris durch schwere Artillerie, nachdem die Stadt der Strategie des Aushungerns viel länger standhielt, als es die Militärs anfangs vermutet hatten. Doch erst, als im Dezember genüg Kanonen und Munition bereitstanden, konnte Moltke Bismarcks Absicht umsetzen. Am 27. Dezember eröffneten deutsche Ferngeschütze das Feuer zunächst auf die Befestigungswerke der Stadt. Ab Anfang Januar 1871 wurde auch das eigentliche Stadtgebiet beschossen, um die Zivilbevölkerung unter Druck zu setzen. Die 107 toten und rund 300 verletzten zivilen Opfer nutzten allerdings nur der französischen Propaganda gegen die preußischen "Barbaren".

Die Entscheidung fiel im Januar 1871 auf den Schlachtfeldern. Gambetta wollte durch eine koordinierte Aktion doch noch eine Wende erzwingen. Durch gleichzeitige Angriffe aus dem Norden und Südwesten und einen großen Ausbruch der Pariser Garnison sollte zum einen der

deutsche Belagerungsring um die Stadt gesprengt werden. Zugleich sollte im Südosten eine neu aufgestellte Armee das belagerte Belfort befreien, weiter nach Norden vorstoßen und die Nachschublinie der Deutschen in Ostfrankreich durchtrennen.

An der Loire wurde eine neue 2. Loirearmee mit einer Gesamtstärke von 150.000 Mann aufgestellt. Gegen sie rückte Prinz Friedrich Karl mit 58.000 Mann vor, um sie zu zerschlagen, bevor sie ihre Reorganisation abgeschlossen hatte. Dies gelang ihm in der Schlacht von Le Mans vom 10. bis 12. Januar.

Bei 3.400 eigenen Verlusten wurden 7.000 Franzosen getötet oder verwundet und 22.000 gefangenengenommen. Rund 50.000 desertierten. Im Norden rückte die Armee Faidherbes mit 40.000 Soldaten in Richtung St. Quentin vor und schlug sich dort am 19. Januar mit Truppen der nunmehr von General August von Goeben geführten deutschen 1. Armee in Stärke von 33.000 Mann. Faidherbes gelang es zwar, sich der drohenden Einkesselung durch Rückzug zu entziehen, mit 3.500 Mann Verlusten und über 9.000 Gefangenen büßte er jedoch fast ein Drittel seiner Truppen ein.

Am 19. Januar 1871, einen Tag nach der deutschen Kaiserproklamation in Versailles, unternahmen die Pariser mit 90.000 Mann einen letzten großen Ausfall. Er scheiterte unter hohen Verlusten. Die Wiederholung des Angriffs am Folgetag unterblieb, als in Paris die katastrophale Niederlage von Le Mans bekannt wurde.

Auch im Südosten kam es wenig später zu einer militärischen Katastrophe für die Franzosen. Die dort gebildete neue Ostarmee unter General Charles Bourbaki setzte sich in einer Stärke von 150.000 Mann Ende Dezember nach Norden in Marsch und konnte die Deutschen zunächst aus Dijon verdrängen.

Das auf rund 43.000 Mann verstärkte deutsche XIV. Armeekorps fing indes den weiteren Vorstoß auf Belfort an der Lisaine, einem Fluß südwestlich der Stadt, auf und ließ alle Angriffe blutig scheitern. Die Ostarmee mußte sich zurückziehen. Inzwischen stieß eine neugebildete deutsche Südarmee mit 60.000 Mann auf Besançon vor und verlegte den Franzosen den weiteren Rückweg. Die Deutschen schlossen Bourbaki am 26. Januar bei Pontarlier mit dem Rücken zur Schweizer Grenze ein. Seine Armee löste sich daraufhin auf. 87.000 Soldaten traten Anfang Februar über die Grenze und wurden interniert, der Rest desertierte.

Innerhalb weniger Tage im Januar 1871 mußten die Franzosen vier schwere Niederlagen hinnehmen. Sie hatten nun keine Armee mehr, die noch zu einer Offensive fähig gewesen wäre. Zudem zeigte die hohe Zahl an Gefangenen und Deserteuren, daß die Kampfmoral mehr und mehr zusammenbrach.

Das galt auch in Paris, wo die Enttäuschung über das Ende aller militärischen Ersatzchancen von der Erschöpfung aller Nahrungsvorräte begleitet wurde. Am 20. Januar erklärte General Trochu, jeder weitere Befreiungsversuch sei sinnlos. Er übergab sein Amt als Militärgouverneur von Paris an General Joseph Vinoy. Zu einer förmlichen Kapitulation der Stadt konnte sich das in Paris verbliebene Rumpfkabinett indes nicht entschließen.

Am 23. Januar nahm deshalb Außenminister Jules Favre auf eigene Initiative Verhandlungen mit Bismarck auf. Er bat um einen dreiwöchigen Waffenstillstand, um die Stadt zu versorgen und die landesweite Wahl einer neuen Gesetzgebenden Versammlung zu ermöglichen. Dafür bot er die Kapitulation von Paris samt der Übergabe aller Forts und die Abrüstung des Hauptwalls an. Paris selbst sollte allerdings keine deutsche Besetzung erdulden müssen.

### **Waffenstillstand und Friedensschluß**

Bismarck war mit diesem Angebot an sich zufrieden, nur sollte der Waffenstillstand auf alle französischen Armeen außer der Ostarmee Bourbakis, wo die Einschließungsoperationen noch nicht beendet waren, ausgedehnt werden. Die Regierung in Paris akzeptierte am 26. Januar die deutschen Bedingungen.

Das formale Abkommen zwischen Favre und Bismarck, das einen zunächst auf 21 Tage befri-

steten Waffenstillstand vorsah, der am 31. Januar begann, wurde erst am 28. abgeschlossen. Doch schon am Morgen des 27. Januar endeten die Feindseligkeiten und begannen die Lieferungen von Lebensmitteln nach Paris. Der in Bordeaux weilende Gambetta lehnte das Waffenstillstandsabkommen ab.

Doch sein Stern sank schnell, als an der Atlantikküste die Nachricht von der Auflösung von Bourbakis Ostarmee eintraf. Gambetta trat am 6. Februar zurück. Eine neue Nationalversammlung wurde am 8. Februar landesweit, also auch in den besetzten Gebieten, gewählt und trat am 15. in Bordeaux zusammen. Wie von Bismarck erwartet, stellten konservative, friedenswillige Kräfte darin die überwältigende Mehrheit.

Die Nationalversammlung wählte am 17. Februar Adolphe Thiers zum neuen Chef der Exekutive, der Favre als Außenminister übernahm.

Thiers und Favre verhandelten ab dem 21. Februar in Versailles mit Bismarck. Dieser bestand auf der Abtretung des Elsaß und von Teilen Lothringens samt Metz, reduzierte aber die ursprünglichen Entschädigungsforderungen von sechs auf fünf Milliarden Francs, die in mehreren Raten bis zum März 1874 zu bezahlen waren. Auch den Verbleib der historisch zum Elsaß gehörenden Stadt Belfort bei Frankreich gestand er zu.

Dafür mußten die Pariser für drei Tage die Besetzung zweier Stadtteile und eine Siegesparade deutscher Truppen am Arc de Triomphe erdulden. Favre gestand später ein, daß es grausamer hätte kommen können, und hob hervor, daß keine Forderungen erhoben worden seien, die die französischen Hoheitsrechte dauerhaft eingeschränkt hätten. Am 26. Februar wurden die "Friedenspräliminarien" unterzeichnet und wenige Tage später von der Nationalversammlung in Bordeaux ratifiziert.

Während der Waffenstillstand mehrmals verlängert wurde, fanden in Brüssel auf Kommissionsebene Verhandlungen über die Einzelfragen des endgültigen Friedensvertrages statt. Bismarck befürchtete, daß die Franzosen die Verhandlungen bewußt schleppend führten, um doch noch eine Intervention der neutralen Mächte zu ihren Gunsten herbeizuführen. Er drohte schließlich mit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten.

Die Regierung Thiers, deren politische und militärische Position durch den Aufstand der Pariser Commune von März bis Mai zusätzlich geschwächt wurde, gab nun jede Hinhaltetaktik auf. Der nach Deutschland geschickte Favre wurde mit Bismarck schnell einig. Am 10. Mai 1871 unterzeichnete man in Frankfurt am Main den endgültigen Friedensvertrag. Dieser enthielt einige weitere kleinere deutsche Konzessionen.

Nach dem Friedensschluß blieben zunächst viele Departements in Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt. Sie sollten vertragsgemäß Zug um Zug mit der Bezahlung der Raten der Kriegsentschädigung geräumt werden. Bismarck wollte aber die Besatzungsdauer möglichst kurz halten. Gegen französische Zollvergünstigungen wurden bereits im Herbst 1871 sowohl die Zahl der besetzten Departements als auch die der Besatzungssoldaten drastisch verkleinert. Nach der vorzeitigen Bezahlung der Kriegsentschädigung räumten die Deutschen 1873 die letzten vier besetzten Departements und die Festung Verdun. Frankreich war wieder eine in vollem Umfang souveräne europäische Großmacht.<<

Amadeus I. von Savoyen, Herzog von Aosta, wurde am 16. November 1870 von den Cortes zum König von Spanien gewählt.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Frankreichs von 1870-1873 (x806/568-570): >>(Frankreich) ... In der Sitzung des Gesetzgebenden Körpers 6. Juli (1870) erklärte der Herzog von Gramont unter stürmischem Beifall der Majorität, Frankreich werde nicht dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze.

Zwar schien durch die Verzichtleistung des Prinzen und die gemäßigte Haltung des Königs von Preußen jeder Grund zum Krieg wegzufallen, und Ollivier äußerte auch am 12. Juli, daß



damit der Zwischenfall erledigt sei. Aber die Kriegspartei wollte den Krieg um jeden Preis, zumal der Kriegsminister Leboeuf erklärte, die Armee sei bis zum letzten Knopf bereit, und die weiteren Forderungen, die an den König Wilhelm durch Benedetti in Ems gestellt wurden, waren darauf berechnet, den Krieg unvermeidlich zu machen.

Am 14. Juli wurden die französischen Reserven einberufen, am 15. eine Kreditforderung gestellt und am 19. die Kriegserklärung in Berlin übergeben.

Das französische Volk ließ sich zumeist von der Kriegsbegeisterung anstecken; bei der Abstimmung über die Kreditforderung am 15. Juli fanden sich nur zehn Opponenten, die auch nur aus Opportunitätsgründen vor Überstürzung warnten.

Indessen die französischen Erwartungen wurden in politischer Beziehung sofort getäuscht. Die süddeutschen Staaten stellten ihre Heere unter preußischen Oberbefehl; Österreich wartete erst einen Sieg Frankreichs ab, um offen auf dessen Seite zu treten; in Italien verhinderte die Volksstimme den König, den Unterdrückern Roms sich anzuschließen; selbst Dänemark blieb endlich neutral, während England in gewohnter Untätigkeit verharrte.

Bei der Mobilmachung zeigte sich sofort, daß die Armee keineswegs kriegsbereit war. So kam es, daß die Franzosen, statt Deutschland sofort mit ihren Scharen zu überschwemmen, in ihrem eigenen Land angegriffen wurden.

Schon nach den Schlachten bei Wörth und Spichern zeigte sich der ganze Staatsorganismus bedroht. Am 9. August traten die schleunigst berufenen Kammern zusammen; das Ministerium Ollivier wurde sofort gestürzt und der Graf Palikao mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, in welchem er selbst das Präsidium und den Krieg übernahm, und welches übrigens durchaus bonapartistisch war.

Das Ministerium Palikao suchte durch Beschönigung der wirklichen Sachlage die öffentliche Stimmung zu beruhigen und die Dynastie zu retten sowie die Streitkräfte des Landes zu organisieren. Aber die Ereignisse machten durch ihre Schnelligkeit alle diese Bemühungen vergeblich.

Die gewaltige Niederlage bei Sedan am 1. und die Kapitulation vom 2. September warfen das Kaisertum über den Haufen. Die erbitterte Volksmenge zwang in Paris die Kaiserin zur Flucht nach England, drang in den Sitzungssaal des Gesetzgebenden Körpers und nötigte denselben am 4. September zur Absetzung Napoleons. Auf dem Stadthaus wurde darauf die Republik ausgerufen und eine provisorische Regierung aus den Pariser Deputierten unter dem Präsidium des Generalgouverneurs von Paris, Trochu, gebildet. Dieselbe nannte sich Regierung der nationalen Verteidigung.

Ohne jede Schwierigkeit wurde die Republik und ihre Regierung im ganzen Land anerkannt, das längst gewohnt war, sein Losungswort von Paris zu empfangen. Der Minister des Auswärtigen, Jules Favre, erklärte sich zwar zum Abschluß eines Friedens bereit, zugleich aber keinen Zoll des französischen Gebietes und keinen Stein seiner Festungen abtreten zu wollen; lieber werde Frankreich den Kampf bis zum Äußersten fortsetzen. Unter diesen Umständen blieb eine Verhandlung Favres mit Bismarck in Ferrières am 19. und 20. September resultatlos. ...

Seit Mitte September war Paris durch die deutschen Heere eingeschlossen. Die französische Regierung blieb trotzdem in Paris, jedoch schlug ein Teil derselben als "Delegation" seinen Sitz in Tours auf.

Die Seele der republikanischen Regierung wurde bald Léon Gambetta, der, nachdem er sich am 6. Oktober in einem Luftballon aus Paris nach Tours begeben hatte, sich zum Diktator Frankreichs aufwarf.

Sein glühender Ehrgeiz, seine fieberhafte Tätigkeit, sein aufrichtiger Enthusiasmus schufen mit Hilfe der großartigen Vaterlandsliebe, Opferfähigkeit und Kriegsbegeisterung, welche das französische Volk auch diesmal bewährte, schon seit Mitte November immer neue zahlreiche

Armeen aus dem scheinbar erschöpften Frankreich, das den Widerstand in Paris und den Provinzen noch fünf Monate fortsetzte und schließlich nach den blutigen Kämpfen der Nordarmee bei Amiens, Bapaume und Saint-Quentin, der Loirearmee bei Orléans und Le Mans, der Ostarmee bei Belfort, endlich der Pariser Armee bei Villiers und am Mont Valérien Ende Januar 1871 mit der Kapitulation von Paris ehrenvoll unterlag.

Die Friedensunterhandlungen brachten eine Spaltung in der Regierung hervor. Während nach Abschluß des Waffenstillstandes vom 28. Januar 1871 die Pariser Regierung die Wahlen zur Nationalversammlung ausschrieb, die über Krieg und Frieden entscheiden sollte, erließ auf Gambettas Betreiben die von Tours nach Bordeaux übergesiedelte Delegation am 31. Januar ein Dekret, welches alle notorischen Bonapartisten, ehemaligen kaiserlichen Beamten etc. vom Wahlrecht ausschloß.

Aber die Pariser Regierung hob dieses Dekret auf und erklärte die Vollmachten der Delegation für erloschen, worauf dieselbe zurückzutreten sich genötigt sah.

Die Wahlen zur Nationalversammlung gingen am 8. Februar ohne jede Beschränkung vor sich und ergaben eine große Mehrheit von Konservativen, da diese dem Land einen schleunigen Abschluß des Friedens versprachen, nach dem es sich vor allem sehnte. ...

Am 26. Februar wurden die Friedenspräliminarien zu Versailles abgeschlossen, die freilich mit der Abtretung von drei Departements (Elsaß-Lothringen) und der Zahlung von 5 Milliarden Kriegskosten harte Opfer auferlegten, aber von der Nationalversammlung unter ungeheurer Aufregung am 1. März mit 546 Stimmen gegen 107 angenommen wurden; zugleich wurde fast einstimmig die Dynastie der Bonaparte für des Thrones auf immer verlustig erklärt. Der definitive Friede, der an den Präliminarien wenig änderte, wurde am 10. Mai 1871 in Frankfurt am Main unterzeichnet.

... Die Monarchisten schlossen ... mit den Republikanern in der Nationalversammlung den Pakt von Bordeaux, wonach die Frage der definitiven Regierungsform vorläufig eine offene bleiben sollte. Dagegen setzten sie es durch, daß der Sitz der Versammlung nicht nach Paris, sondern nach Versailles verlegt wurde.

Hierdurch erweckten sie aber in der aufgeregten Bevölkerung von Paris den Argwohn, daß die Herstellung einer reaktionären Monarchie beabsichtigt sei, und so versuchten die Kommunisten, welche schon während der Belagerung zweimal, am 31. Oktober 1870 und am 22. Januar 1871, sich empört hatten, am 18. März einen neuen Aufstand, welcher glückte.

Die Truppen mußten Paris räumen, wo die Kommune proklamiert wurde. Unter den schwierigsten Verhältnissen unternahm die Regierung von Versailles aus die Wiedererwerbung von Paris, das erst in der letzten Woche des Mai 1871 unter schrecklichen Greueln und den Flammen der von den Kommunisten angezündeten Staatsgebäude von der Armee wieder genommen werden konnte.

Hierdurch wuchs das Vertrauen zu Thiers' Geschicklichkeit und Tatkraft. Ende Juni konnte er bereits eine Anleihe von 2½ Milliarden machen, durch deren Bezahlung an Deutschland er einen großen Teil des Territoriums von der fremden Okkupation befreite.

Am 31. August wurde der Vorschlag Rivets angenommen, welcher Thiers das Präsidium der Republik auf drei Jahre anvertraute, wenn auch das Recht der Versammlung, dem Land eine neue (monarchische) Verfassung zu geben, ausdrücklich vorbehalten wurde. Die Erstarkung der republikanischen Partei zeigte sich bei den Nachwahlen, die fast durchweg zu ihren Gunsten ausfielen.

Die Monarchisten wurden dadurch nicht wenig beunruhigt. Aber sie konnten das Ansehen Thiers' im Ausland und in Frankreich selbst nicht entbehren, solange nicht durch Zahlung der Kriegskosten die Räumung des Landes durch den Feind erreicht und mit der Herstellung der Armee die äußere Sicherheit und die innere Ruhe verbürgt war. Sie mußten sich daher begnügen, in Nebenfragen dem Präsidenten Opposition zu machen und Schwierigkeiten zu bereiten,

damit er seiner Abhängigkeit von der Mehrheit der Versammlung stets eingedenk bleibe. Indes setzte in allen wichtigeren Fällen, wie ... der Frage der Entschädigung für die im Krieg verwüsteten Provinzen, dem Generalratsgesetz, der Auflösung der Nationalgarde, Thiers stets seinen Willen durch die Drohung mit seinem Rücktritt durch und erlangte jedesmal ein Vertrauensvotum.

Die Mittel für die Zahlung der Kriegskontribution wurden schon im Juli 1872 durch eine neue Anleihe von 3 Milliarden beschafft, welche zum Stolz der Franzosen 14mal überzeichnet wurde. Hierdurch wurde es möglich, das Ende der Okkupation, welche sich seit dem Frühjahr 1872 nur auf sechs östliche Departements erstreckt hatte, schon im September 1873 herbeizuführen.

Allerdings war die Staatsschuld auf 23 Milliarden gestiegen und das Budget mit einem Mehrausgabenbetrag von 600 Millionen belastet. Die hierfür erforderlichen Einnahmen wurden durch Erhöhung der Zölle auf fast alle Verbrauchs- und Genußmittel, eine Anzahl neuer Steuern und eine hohe Steuer auf Rohstoffe beschafft.

Die Reorganisation der Armee wurde in großartigstem Maßstab durchgeführt; allerdings wurde das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht nicht streng angewendet und auch die Errichtung provinzieller Armeekorps abgelehnt, da Thiers gegen beides sich aussprach und auf einer Dienstzeit von wenigstens fünf Jahren für die Mehrzahl der Eingezogenen bestand.

Die aktive Armee (die Beurlaubten eingerechnet) wurde aber durch das Organisationsgesetz vom 24. Juli 1873 auf 705.000 Mann, die Reserve auf 510.000, die Territorialarmee (Landwehr) auf 532.000, deren Reserve (Landsturm) auf 626.000 Mann festgesetzt; die bewaffnete Macht Frankreichs in einem Krieg belief sich also auf die ungeheure Zahl von 2.423.000 Mann! Die Bewaffnung und Ausrüstung wurde durchweg in bestem Material erneuert. Ferner wurde die Ost- und Nordgrenze durch zahlreiche größere und kleinere Festungen gesichert und Paris mit einem neuen weiteren Ring von Forts umgeben. ...<<

**Österreich-Ungarn:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1870-1878 (x812/524-528): >>(Österreich) ... Als 1870 der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrach, rüstete Österreich allerdings, um bei der Regelung der deutschen Verhältnisse im Frieden seinen Wünschen Nachdruck geben, vielleicht auch in den Kampf selbst eingreifen zu können.

Die Schnelligkeit und Entschiedenheit der deutschen Erfolge nahmen Österreich aber die Möglichkeit hierzu, und es mußte sich in die unabänderliche Tatsache der Vereinigung ganz Deutschlands unter preußischer Führung fügen, was Beusts Antwortnote vom 26. Dezember 1870 auf die Depesche vom 14. Dezember, in welcher Bismarck die Gründung des Deutschen Reiches anzeigte und die Hoffnung auf freundschaftliche Beziehungen desselben zu Österreich aussprach, in entgegenkommender Weise kundtat. ...

Da am 29. März 1870 der Ausschuß des Abgeordnetenhauses sich zur Ablehnung der galizischen Resolution ermannet hatte, erklärten die Polen am 31. März ihren Austritt aus dem Reichsrat, und ihnen folgten die föderalistischen Abgeordneten von Triest, Istrien, der Bukowina sowie die Slowenen, nachdem die klerikalen Tiroler schon im Januar ausgeschieden waren. Da der Reichsrat jetzt kaum noch beschlußfähig war, verlangten die Minister die Auflösung der Landtage, deren Mitglieder den Reichsrat verlassen hatten, und reichten, als der Kaiser ablehnend antwortete, am 4. April ihre Entlassung ein.

Nach dem Rücktritt des Ministeriums Hasner beauftragte der Kaiser den Grafen Potocki mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Da dieser sich mit den deutschen Autonomisten unter Rechbauer nicht verständigen konnte, so wählte er außer Taaffe hauptsächlich Beamte zu Mitgliedern des Ministeriums, das demnach einen provisorischen Charakter trug. Getreu dem in der Denkschrift vom 24. Dezember 1869 niedergelegten Programm begann nun Potocki mit den Führern der nationalen Opposition, besonders den Polen und Tschechen, Unterhandlungen.

gen über einen gütlichen Ausgleich auf Grundlage der Verfassung.

Dieselben scheiterten jedoch an der Unerfüllbarkeit der polnischen und tschechischen Forderungen; ja, die Tschechen, denen sich die Feudalen und Klerikalen in Böhmen angeschlossen hatten, gingen hierbei noch über die Deklaration hinaus.

Da die Regierung aber auch mit dem ihr mißtrauisch gegenüberstehenden, zu einem Rumpfparlament zusammengeschrumpften Reichsrat nichts ausrichten konnte, wurden am 21. Mai 1870 das Abgeordnetenhaus und sämtliche Landtage, mit Ausnahme des böhmischen, dessen Auflösung erst am 29. Juli erfolgte, aufgelöst und die neuen Landtage für den 20. und 27. August und den 2. September, der Reichsrat für den 15. September einberufen.

... Im August traten die Landtage zusammen, bei ihrer Neuwahl hatte die deutsche Verfassungspartei in Böhmen die Mehrheit verloren und auch in Krain Einbußen erlitten. Überall suchte die Regierung durch Versprechungen die nationalen Parteien zu gewinnen und erreichte es auch, daß die Landtage von Galizien, der Bukowina und Istrien die Wahlen zum Reichsrat vornahmen.

Nur der Landtag von Böhmen, in welchem die Deklaranten an den Sitzungen teilnahmen und mit den Feudalen die Majorität bildeten, weigerte sich und forderte in einer Adresse an den Kaiser am 14. September die Anerkennung des böhmischen Staatsrechts. Als daher der Reichsrat am 15. September eröffnet wurde, fehlten die böhmischen Abgeordneten.

Als der Landtag trotz kaiserlichen Befehls auf seiner Weigerung und den Forderungen vom 14. September beharrte, ordnete die Regierung am 6. Oktober direkte Reichsratswahlen in Böhmen an. Infolge hiervon erhielt, da 24 Verfassungstreue und 36 Feudale und Deklaranten gewählt wurden, letztere aber nicht in den Reichsrat eintraten, die deutsche Verfassungspartei im Abgeordnetenhaus die Mehrheit, welche sie bisher nicht besessen hatte, weswegen dessen Sitzungen auch vertagt worden waren.

Im November beschloß aber das Abgeordnetenhaus ebenso wie das Herrenhaus eine Adresse an den Kaiser, in welcher auf das entschiedenste die Aufrechterhaltung der Verfassung gefordert, Potockis Versuche eines Ausgleiches zwischen unvereinbaren Gegensätzen als unfruchtbar und aussichtslos bezeichnet und die föderalistischen Bestrebungen der Tschechen aufs schärfste getadelt wurden. Das Ministerium sah darin das beabsichtigte Mißtrauensvotum und reichte seine Entlassung ein. Dieselbe wurde zwar angenommen, doch beließ der Kaiser das Ministerium noch so lange im Amt, als die Delegationen in Pest tagten (24. November 1870 bis 6. Februar 1871). ...

Nachdem das Bürgerministerium zerbröckelt und Potockis Vermittlungspolitik gescheitert war, wurde auf Betreiben einer im verborgenen wirkenden reaktionären Kamarilla der Versuch beschlossen, die österreichische Verfassung den Forderungen der Slawen anzupassen.

Diese Aufgabe übernahm das am 7. Februar 1871 ernannte neue Ministerium, an dessen Spitze der ultramontane Graf Hohenwart stand, dem außerdem zwei Tschechen (Habietinek für die Justiz und Jireček für den Kultus) und ein Pole, Graf Grocholski, angehörten, während die übrigen Minister zwar Deutsche, aber nicht Mitglieder der Verfassungspartei waren.

In Wien nahm man das neue slawisch-feudal-klerikale Kabinett anfangs nicht ernst und nannte es das Faschingsministerium.

Indes schritt Hohenwart entschlossen zur Verwirklichung seines deutschfeindlichen autonomistischen Programms. Nachdem es die Feier der deutschen Siege über Frankreich untersagt (hatte), legte es am 25. April dem Reichsrat die erste der Vorlagen vor, welche nach seiner Ankündigung die legislative und administrative Autonomie der Länder so weit vermehren sollten, als es mit der notwendigen Reichseinheit vereinbar sei; dieselbe verlieh den Landtagen die Initiative in der Gesetzgebung. Sie wurde am 9. Mai vom Abgeordnetenhaus abgelehnt.

Hohenwart trat hierauf nicht nur nicht zurück, sondern erklärte am Tag darauf, am 10. Mai,

bei der ersten Beratung des am 5. Mai vorgelegten Gesetzentwurfes, der Galizien die in der galizischen Resolution geforderte Selbständigkeit verlieh, zugleich aber seinen Vertretern im Reichsrat das Recht beließ, in den Angelegenheiten der anderen Provinzen mitzustimmen, daß er gesonnen sei, wenn die böhmische Opposition mit der Galizien zugestandenem Autonomie sich zufriedengeben würde, Böhmen dieselbe zuzugestehen.

Die deutsche Mehrheit des Abgeordnetenhauses beschloß ... am 26. Mai, eine Adresse an den Kaiser zu richten, welche offen und rückhaltlos die gefährliche vom Ministerium geschaffene Lage darlegte.

Aber als der Monarch beim Empfang derselben am 30. Mai sein volles Vertrauen zu dem Ministerium aussprach und nun der Reichsratsmehrheit kein anderes Mittel als die Verweigerung des Budgets übrigblieb, da versagte einigen der Abgeordneten doch der Mut, und sie enthielten sich der Abstimmung oder legten ihre Mandate nieder, und mit 77 gegen 66 Stimmen wurde ... (der) Antrag, nicht in die Budgetberatung einzutreten, abgelehnt. Das Budget wurde am 4. Juli genehmigt und am 10. Juli 1871 der Reichsrat auf unbestimmte Zeit vertagt.

Nach diesem Sieg schritt Hohenwart auf der eingeschlagenen Bahn weiter vorwärts. Die Grundzüge des Ausgleiches wurden schon Anfang August dem Ministerrat vorgelegt und die Führer der tschechischen Opposition, Clam-Martinitz und Rieger, am 5. August vom Kaiser empfangen.

Hierauf löste die Regierung die sieben verfassungstreuen Landtage auf und erreichte es durch rücksichtslose Beeinflussung der Wahlen, daß sie im oberösterreichischen und mährischen Landtag die Mehrheit erhielt; aus beiden schieden die Deutschen aus. Indem aber nun die Abgeordneten für Oberösterreich und Mähren der Regierungspartei zufielen, verfügte diese mit Einschluß der Böhmen ... (über) 203 gegen nur 66 verfassungstreue Stimmen und damit über die zu Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit.

In dem Reskript (Rechtsentscheidung) an den böhmischen Landtag erkannte der Kaiser am 14. September die Rechte des Königreiches Böhmen an und erklärte sich bereit, diese Anerkennung mit seinem Krönungseid zu erneuern; er forderte den Landtag auf, über die zeitgemäße Ordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse Böhmens zu beraten.

Ein Ausschuß ... entwarf sofort im Einverständnis mit Hohenwart die 18 Fundamentalartikel, welche dem Königreich Böhmen eine ähnliche Stellung wie Ungarn gaben und Österreich in einzelne Staaten mit einem Delegiertenkongreß und einem Senat als gemeinsamen Vertretungen auflösten. Die Artikel wurden am 10. Oktober dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt.

Die Aufregung, ja Erbitterung, welche diese Vorgänge in der verfassungstreuen deutschen Bevölkerung hervorriefen, bewog den Reichskanzler Grafen Beust, den Kaiser in einer besonderen Denkschrift auf die Unzulässigkeit der Fundamentalartikel und ihre Unvereinbarkeit mit dem ungarischen Ausgleich aufmerksam zu machen. Auch die übrigen Reichsminister und der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy sprachen ihre Bedenken gegen die Hohenwart'schen Pläne aus, deren Verwirklichung die zentrifugalen Bestrebungen der ungarischen Slawen stärken würde.

Da selbst ein paar Kollegen Hohenwarts, Holzgethan und Scholl, von ihm abfielen, lehnte der Kaiser die Genehmigung der Fundamentalartikel ab, und nachdem ein Versuch, die Tschechen zur Ermäßigung ihrer Ansprüche zu bewegen, gescheitert war, reichte das Ministerium Hohenwart am 26. Oktober seine Entlassung ein. Nach längeren Verhandlungen kam am 25. November ein neues verfassungstreuem Ministerium unter dem Fürsten Adolf Auersperg zustande

...

Unmittelbar nachdem er durch sein Einschreiten die österreichische Verfassung gerettet (hatte), stürzte Beust. Der Kaiser machte ihm zum Vorwurf, daß er im Frühjahr 1870 zum Ausgleich mit den Böhmen gedrängt, dadurch das damalige Ministerium erschüttert und jetzt mit seiner Warnung so lange gewartet hatte, bis der Monarch durch seine Erklärung vom 14. Sep-

tember sich persönlich stark gebunden hatte.

Außerdem schien die Annäherung an Deutschland, die im Sommer 1871 durch die persönliche Begegnungen der beiden Kaiser Wilhelm und Franz Joseph in Ischl und Gastein angebahnt wurde, einen anderen auswärtigen Minister zu erfordern als Beust, der 1870 zum Kriege gegen Deutschland entschlossen gewesen war, überdies als Fremder und Protestant in Österreich keine festen Wurzeln schlagen konnte. Er erhielt daher am 6. November seine Entlassung und wurde am 14. November durch Andrassy ersetzt. ...

Das erste, was die neue Regierung tat, war die Auflösung der im Sommer neugewählten Landtage. Die von Mähren, Oberösterreich und der Bukowina wurden für die verfassungstreue Partei zurückgewonnen und dadurch die Beschlußfähigkeit des Reichsrates sichergestellt, trotzdem der böhmische Landtag, erbittert über die Zurückweisung der Fundamentalartikel, die Wahl der Reichsratsabgeordneten verweigerte und von den bei den darauf befohlenen direkten Wahlen gewählten Vertretern nur die 24 deutschen ihr Mandat auszuüben bereit waren.

Der neue Reichsrat mit einer verfassungstreuen Mehrheit wurde am 28. Dezember 1871 eröffnet.

Die von den Führern dieser Mehrheit geforderte und vom Ministerium auch beabsichtigte sofortige Einführung der direkten Wahlen wurde von den Polen vereitelt, welche zuerst für Galizien die versprochene Ausnahmestellung verlangten. Daher wurde im Februar 1872 ein neues Notwahlgesetz vorgelegt und angenommen, das die direkten Wahlen auch dann gestattete, wenn nicht der Landtag die Wahl, sondern der Gewählte die Ausübung des Mandats unterlasse.

Der Ausgleich mit Galizien kam aber nicht zustande, weil die Polen jede Abweichung von der galizischen Landtagsdeklaration von 1868 ablehnten, und das Ministerium legte im Februar 1873 das neue Wahlgesetz dem Reichsrat vor, der es schon im März annahm; dasselbe führte die Wahl durch die Bevölkerung statt durch die Landtage ein und vermehrte die Zahl der Abgeordneten von 203 auf 353, wobei besonders die Städte bevorzugt wurden, die 137 Vertreter erhielten, während der Großgrundbesitz 85, der Bauernstand 131 zählte.

Die Wiener Weltausstellung, welche am 1. Mai 1873 eröffnet wurde, sollte die großartigen Errungenschaften der neuen liberalen Ära verherrlichen. Der Besuch der Ausstellung war ... großartig, fast alle Fürsten Europas erschienen, auch die Kaiser Wilhelm und Alexander II. sowie König Viktor Emanuel.

Ihr Glanz wurde freilich erheblich verdunkelt durch den gleichzeitig eintretenden Krach an der Wiener Börse (Mai 1873), eine Folge der schwindelhaften Gründungen der letzten Jahre; durch denselben wurde das Volksvermögen bedeutend geschädigt (man schätzte den Verlust 1873-75 auf 3 Milliarden Gulden) und auch der Staat in Mitleidenschaft gezogen.

Dennoch fielen die ersten direkten Reichsratswahlen, welche nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses (7. September 1873) stattfanden, überwiegend regierungsfreundlich aus, indem 233 Abgeordnete verfassungstreu waren. Die Tschechen traten nicht in das Haus ein, die 81 Mitglieder starke Opposition bestand aus den Polen und der ultramontanen Rechtspartei unter Hohenwart.

Bei der Stärke der liberalen Partei mußte das Ministerium deren Wünschen einigermaßen entgegenkommen, und so kündigte denn die Thronrede, mit welcher der neue Reichsrat am 5. November 1873 eröffnet wurde, die Vorlage der kirchlichen Gesetze an, welche am 21. Januar 1874 erfolgte. Es waren deren vier: das erste handelte von der Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, das zweite von den Beiträgen aus den Pfründen zum Religionsfonds, aus welchem die Bedürfnisse des katholischen Kultus bestritten werden sollten, das dritte von den Rechtsverhältnissen der klösterlichen Gemeinschaften, das vierte von der gesetzlichen Anerkennung der noch nicht anerkannten Religionsgesellschaften.

Das erste, zweite und vierte Gesetz wurde von beiden Häusern des Reichsrates im Mai ange-

nommen, das dritte scheiterte daran, daß die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Gründung von neuen Klöstern von einem Spezialgesetz abhängig machen wollte, was vom Herrenhaus abgelehnt wurde. Ebenso verweigerte dies dem vom anderen Haus beschlossene Zivilehegesetz seine Zustimmung.

Verschiedene Bischöfe hatten sich in heftigen Ausdrücken über die Kirchengesetze beklagt, der Papst am 7. März 1874 in einer Enzyklika sie als eine Knechtung der Kirche und trotz scheinbarer Mäßigung für ebenso verderblich wie die preußischen erklärt, was Andrassy in einer scharfen Note zurückwies. Auch hatten die österreichischen Bischöfe nach Ablehnung ihres Antrages ... sich aus dem Herrenhaus entfernt. Gleichwohl erließen sie keinen Gesamtprotest und kamen unter dem Vorgeben, sie erfüllten nur die Bestimmungen des noch immer rechtsgültigen Konkordats, den Gesetzen im wesentlichen nach.

Die Regierung ihrerseits handhabte dieselben in möglichst milder Form und vermied einen offenen Konflikt mit dem Klerus. Auch der neue päpstliche Nuntius, Jacobini, wirkte in versöhnlichem Sinn, und allmählich fügte sich, mit Ausnahme von Tirol, die Geistlichkeit den Schulgesetzen und leisteten die Bischöfe die Anzeigepflicht. Unzweifelhaft war damit ein bedeutender Fortschritt erreicht, daß die Kirche unter das Gesetz gebeugt wurde, anstatt dem Staat als gleichberechtigte Macht gegenüberzustehen.

Indes war durch die kirchenpolitische Gesetzgebung, welcher sich die liberale Mehrheit mit ganzem Eifer widmete, deren Aufmerksamkeit von anderen wichtigen Dingen abgezogen, ihr Gesichtskreis allzusehr verengt worden.

Nichts war geschehen, um das Deutschtum durch Gesetze und Institutionen zu stärken, die Stellung des Deutschen als Staatssprache zu sichern und dem Slawismus zeitig einen Damm entgegenzusetzen.

Die sogenannten "Jungen" der Verfassungspartei, eine Fraktion, welche bei den Neuwahlen 1873 hervortrat und 65 Sitze errang, verlangten zwar, daß in den deutschen Kronländern das deutsch-nationale Interesse betont und zu diesem Zweck auch deren Autonomie vermehrt werden müsse. Aber die durchaus zentralistisch gesinnte Mehrheit der Verfassungspartei wollte hiervon nichts wissen und eine Gefahr für die Herrschaft der Deutschen nicht anerkennen. Allzusehr wogen bei deren Führern ... die freisinnigen Grundsätze vor. ...

Seit Graf Andrassy die auswärtige Politik Österreichs leitete, hatte sich das Verhältnis zu Deutschland immer freundschaftlicher gestaltet. Unter deutscher Vermittlung fand auch eine Versöhnung mit Rußland statt, und im September 1872 erschienen Kaiser Franz Joseph und Kaiser Alexander II. in Begleitung ihrer obersten Minister in Berlin, wo das Dreikaiserbündnis geschlossen wurde; durch dasselbe verbanden sich die drei Reiche zu gemeinschaftlichem Handeln in den europäischen Angelegenheiten, besonders im Orient, damit dadurch der allgemeine Friede gesichert werde.

Als nun dennoch infolge der von Rußland ausgehenden panslawistischen Wühlereien die orientalische Krise 1875 mit den Aufständen in Bosnien und Bulgarien ausbrach, war die Stellung Österreich-Ungarns insofern schwierig, als die verschiedenen Nationen des Reiches mit ihren Sympathien in den entgegengesetzten Lagern standen, die Ungarn türkenfreundlich, die Polen russenfeindlich waren, die Südslawen und Tschechen dagegen für den Panslawismus schwärmten. Die Deutschen wünschten vor allem die Aufrechterhaltung des Friedens, welche auch die finanziellen Verhältnisse dringend erheischten.

Österreich lehnte daher eine Beteiligung am Krieg gegen die Türkei durch bewaffnetes Einschreiten in Bosnien und der Herzegowina ab, erlangte jedoch Anfang 1877 von Rußland für das Versprechen seiner Neutralität das Zugeständnis, daß die an Österreich grenzenden Lande Bosnien und die Herzegowina sowie Serbien nicht in den Krieg hineingezogen und erstere nach dem Krieg von Österreich besetzt werden sollten.

Dieser Vertrag wurde streng geheimgehalten, und die Regierung hatte nun die schwierige

Aufgabe, die erregte öffentliche Meinung bei den verschiedenen Stämmen der Monarchie zu beschwichtigen und Ausschreitungen bei den Kundgebungen zu unterdrücken. ...

Die russischen Niederlagen im Sommer 1877 wurden ... (in Ungarn) mit Flaggen und Illumination gefeiert. Andrassy ließ in den Kammern beider Reichshälften dem gegenüber erklären, daß das Hauptziel seiner Politik sei, eine europäische Komplikation zu vermeiden, daß er aber bei der definitiven Gestaltung der Dinge im Orient den der Lage und den Interessen der Monarchie entsprechenden Einfluß unter allen Umständen geltend machen werde.

Die unerwarteten Erfolge der Russen im Winter 1877-78, ihr unaufhaltsames Vordringen in Rumelien, endlich der Waffenstillstand von Adrianopel, wodurch Rußland Herr der Balkanhalbinsel wurde, machten allerdings alle die Voraussetzungen zunichte, unter denen Andrassy sich Anfang 1877 zur Neutralität verstanden hatte. Er regte daher bei den Mächten die Berufung einer Konferenz über die Orientfrage an, welche überall Anklang fand. ...<<

**Rußland:** Der russische Panlawist General Fadejew fordert im Jahre 1870 die Vereinigung aller slawischen Stämme unter russischer Führung (x272/201): >>... Seit der Entstehung des Nationalbewußtseins in Europa entwickelte sich aus der geschichtlich überkommenen orientalischen Angelegenheit eine bei weitem wichtigere, nämlich die allslawische.

Der Osten bedeutete früher die Türkei und den Islam, nun bedeutet er Rußland, das Slawentum und die Orthodoxie.

Die Hauptgegner des ersteren wird nicht mehr der Westen, sondern Mitteleuropa oder das deutsche Volk sein und insbesondere die österreichisch-ungarische Monarchie. ...

Rußland muß den Brüdern jenseits der Grenzpfähle seine Arme öffnen und in stetiger geistiger Verbindung mit ihnen leben.

Sie werden den Schutz Rußlands suchen, wenn sie aus seiner Politik erkennen, daß es hinter ihnen steht und die slawische Fahne nicht auf kurze Zeit, sondern kraft seines geschichtlichen Berufes erhebt. ...

"Das Slawentum ist ein kosmischer Nebel, der durch ein zusammenfassendes Gravitationszentrum eine Welt werden kann. Jedes Brudervolk ist deshalb zu befreien und die Unabhängigkeit aller durch einen engen Bund mit Rußland sicherzustellen."

Nach innen ist den Bundesmitgliedern weitgehende Selbständigkeit zu gewähren; nach außen wird die slawische Staatengesellschaft nur ein einziges Reich bilden dürfen. ...<<

**Osmanisches Reich:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des Türkischen Reiches von 1870-1871 (x815/930): >>(Türkisches Reich) ... Rußland, seit 1864 durch Ignatjew in Konstantinopel vertreten, hatte unaufhörlich und mit wachsendem Erfolg daran gearbeitet, seine durch den Krimkrieg verlorene Stellung im Orient wiederzugewinnen.

Da Ignatjew in Griechenland nicht mehr einen ohnmächtigen Schützling, sondern einen gefährlichen Nebenbuhler sah, so trat er fortan nicht sowohl als Protektor der orthodoxen Kirche als der slawischen Untertanen der Türkei auf.

Von ihm angestachelt, verlangten die Bulgaren ihre Loslösung von dem griechischen Patriarchat in Konstantinopel und erlangten im März 1870 auch wirklich die Errichtung eines eigenen Exarchats.

Um die Autorität der Westmächte zu erschüttern, stellte Rußland im Oktober 1870 während des deutsch-französischen Krieges die Forderung, daß das durch den Pariser Frieden Rußland auferlegte Verbot, auf dem Schwarzen Meer Kriegsschiffe zu halten, aufgehoben werde.

Die Pforte suchte vergeblich Hilfe bei Europa: Frankreich war zu Boden geschmettert, England hatte sich durch seine egoistische Politik im Sommer 1870 um alles Ansehen und allen Einfluß gebracht, und auf der Londoner Konferenz im März 1871 mußte sich die Pforte dem von Bismarck unterstützten russischen Verlangen fügen.

Nach diesem Erfolg setzte Ignatjew seine Bemühungen, kein vernünftiges Verwaltungssystem



aufkommen zu lassen, die Türkei mit Europa zu verfeinden, im Inneren durch Unruhen und dergleichen zu zerbröckeln und so die völlige Unterwerfung derselben unter Rußland herbeizuführen, rastlos fort, und es gelang ihm, Mahmud Nedim Pascha durch Bestechung, den Sultan durch die Aussicht auf russische Unterstützung seines Thronfolgeplans völlig in seine Gewalt zu bringen. ...<<

**Italien, Kirchenstaat:** Nach dem Abzug der französischen Truppen besetzen im Jahre 1870 italienische Truppen den Kirchenstaat. Rom (die Hauptstadt Italiens) und der restliche Kirchenstaat werden anschließend mit dem italienischen Königreich vereinigt, obgleich der Papst gegen die Auflösung des Kirchenstaates protestiert.

Papst Pius IX. (1792-1878, Papst von 1846-78) ruft im Jahre 1870 ein Konzil nach Rom, um die päpstliche Unfehlbarkeit zu bestätigen.

Am 18. Juli 1870 wird das Dogma über die unfehlbare Lehrautorität des Papstes fast einstimmig angenommen (x199/261): >>In Übereinstimmung mit der von Anbeginn des christlichen Glaubens überkommenen Überlieferung lehren wir und erklären unter Zustimmung des heiligen Konzils dies als ein von Gott geoffenbartes Dogma:

Wenn der römische Papst ex cathedra spricht, das heißt, wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirt und Lehrer aller Christen kraft seiner höchsten apostolischen Vollmacht eine für die gesamte Kirche bindende Lehre über Glauben und Sitten festsetzt, so besitzt er dabei durch den göttlichen Beistand, der ihm im heiligen Petrus verheißen ist, jene Unfehlbarkeit, mit der der göttliche Erlöser seine Kirche bei Festsetzung der Glaubens- und Sittenlehre hat ausgestattet wissen wollen. Derartige Entscheidungen des römischen Papstes sind also an und für sich, nicht aber erst infolge der Zustimmung der Kirche, unabänderlich.

Wenn aber jemand dieser unserer Entscheidung, was Gott verhüten wolle, zu widersprechen sich vermessen sollte, der sei verflucht. ...

Wenn einer behauptet, der römische Papst habe nur das Aufsichts- und Leitungsamt, nicht aber die volle und höchste Herrschergewalt über die Kirche, und zwar nicht nur in Sachen des Glaubens und der Sitte, sondern auch in denjenigen Fragen, die die Zucht und die Verwaltung der über den ganzen Erdkreis verbreiteten Kirche betreffen, der sei verflucht. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des Kirchenstaates von 1870-1871 (x809/777-778): >>(Kirchenstaat) ... Beim Beginn des deutsch-französischen Krieges 1870 fiel Rom und der Rest des Kirchenstaates der italienischen Regierung als reife Frucht in den Schoß. Am 28. Juli erhielten die französischen Truppen Befehl, sich zur Einschiffung nach Frankreich bereit zu halten; Anfang August wurden sie nach und nach abgezogen, und päpstliche Truppen besetzten die von ihnen verlassenen Plätze.

Viktor Emanuel verlangte Anfang September vom Papst die Genehmigung zu einer Okkupation des Kirchenstaates durch italienische Truppen als für die Sicherheit Italiens wie des Papstes selbst erforderlich. Der Papst lehnte jedoch am 11. September jede gütliche Vereinbarung ab.

Der König ließ noch an demselben Tag seine Truppen über die Grenze rücken und zwar in solcher Stärke, daß die päpstlichen Truppen sich überall mit Ehren, den erhaltenen Befehlen gemäß, zurückziehen konnten. Am 16. September wurde der militärisch wichtigste Punkt im Kirchenstaat, Civitavecchia, von den Italienern besetzt, und am 19. kamen sie unter General Cadorna vor den Toren Roms an.

Der Papst erteilte seinem General Kanzler den Befehl, nur des Protestes halber Widerstand zu leisten; sobald (eine) Bresche in die Mauer gelegt sei, sollte die Unterhandlung betreffs der Übergabe begonnen werden. Am 20. September ... gab General Kanzler den Widerstand auf, und die Italiener zogen an demselben Tag ein. ...

Der Papst war nunmehr auf die weitläufigen Gebäude und Gärten des Vatikans beschränkt. Schon am 2. Oktober setzte die italienische Regierung ein Plebiszit über die Annexion in Sze-

ne und erreichte das günstige Resultat von 133.681 Ja gegen 1.507 Nein.

Infolgedessen annektierte der König durch Dekret vom 9. Oktober 1870 den bisherigen Kirchenstaat. Die päpstlichen Truppen wurden entlassen, die Offiziere pensioniert. Der päpstliche Beamtenstand hörte auf, es blieben dem Papst nur Hofchargen und eine adlige Palastwache.

Der Papst seinerseits rächte sich dadurch, daß er durch Enzyklika vom 1. November 1870 sämtliche Urheber und Teilhaber an der Annexion exkommunizierte.

Um sich mit dem Papst auf besseren Fuß zu stellen und ihn womöglich zu einer Anerkennung des neuen Zustandes zu bewegen, ließ die italienische Regierung ein "Garantiesgesetz" entwerfen und am 13. Mai 1871 publizieren, dem zufolge die Person des Papstes für unverletzlich erklärt wurde und ihm bestimmte souveräne Rechte zugestanden wurden. Er sollte Gesandte an fremden Höfen beglaubigen, auch Gesandte fremder Höfe empfangen dürfen, und diese letzteren sollten in Rom wohnen und als Vertreter des Auslandes bei einem Souverän betrachtet werden. Ebenso sollte der Papst hinsichtlich der Post- und Telegraphenverbindung zwischen dem Vatikan und der übrigen Welt die Rechte eines Souveräns genießen.

Der Besitz des Vatikans, des Laterans und der Villa Castel-Gandolfo wurde dem Papst garantiert und ihm außerdem eine jährliche Rente von 3.225.000 Lire als Dotation bewilligt. Der Papst erkannte jedoch dieses Garantiesgesetz nicht an und verweigerte die Annahme der Rente. Er zog es vor, anstatt der ihm bewilligten Summe fernerhin den "Peterspfennig" als seine alleinige Einnahme zu betrachten; auch die übrigen Vorrechte eines Souveräns akzeptierte er nicht, sondern nahm sie als selbstverständlich in Anspruch.

Pius IX. ließ nicht ab, die weltliche Herrschaft des Papsttums als unbedingt erforderlich für die Unabhängigkeit seines kirchlichen Amtes immer wieder zu reklamieren, und auch sein sonst versöhnlicher Nachfolger Leo XIII. verlangte das Patrimonium Petri oder wenigstens die Stadt Rom nebst Gebiet als souveräne Herrschaft zurück.

Die italienische Regierung dagegen betrachtete das Garantiesgesetz als gültig und bewahrte dem Papst die ausgesetzte, aber nicht erhobene Dotation auf. ...<<

**Portugal:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Portugals von 1870-1886 (x813/259): >>(Portugal) ... 1870 erzwang Saldanha durch eine Militärrevolte die Entlassung des Ministeriums Loulé (19. Mai), konnte sich aber selbst nur bis zum Herbst 1871 behaupten, worauf das Haupt der Gemäßigten (Regeneradores), Fontes Pereira de Mello, ein Kabinet bildete, das mit kurzen Unterbrechungen (1877 und 1879-81) die Mehrheit in den Cortes besaß und sich bis 1886 behauptete.

Fontes Pereira führte 1885 eine Verfassungsreform durch, welche das Wahlrecht für die Zweite Kammer erweiterte und die Pairskammer in der Weise umgestaltete, daß sie fortan aus teils vom König ernannten, teils vom Volk gewählten Mitgliedern bestand.

Bekämpft wurde Fontes Pereira von den radikalen Reformisten und den Progressisten, deren Führer de Castro 1886 an die Spitze der Regierung trat.

Vor allem die Zerrüttung der Finanzen, das fortwährende Defizit und die stark angewachsene Staatsschuld machten eine energische Umgestaltung der Staatsverwaltung und der Besteuerung notwendig. Auch der Handel bedurfte eines Aufschwunges. Um diesen zu ermöglichen, wahrte Portugal seit der Ausbreitung anderer Nationen in Afrika seine dortigen Besitzrechte mit Eifersucht, schickte Reisende zur Erforschung und Aufschließung des Innern aus und schloß am 26. Februar 1884 einen Vertrag mit England, der den unteren Kongo in Portugals und Englands Hände bringen sollte. Doch mußte es sich 1885 den Beschlüssen der Kongokonferenz fügen. ...<<

**Frankreich:** Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über die Rolle des Jesuitenordens von 1870 bis 1885 in Frankreich (x1.001/66-72):

>>... **Die Jesuiten in Frankreich von 1870 bis 1885**

Man würde meinen, der Zusammenbruch des Kaiserreiches sollte eine Reaktion gegen den

ultramontanen Geist in Frankreich hervorgebracht haben. Doch dem war nicht so, wie Adolphe Michel aufzeigt:

"Als am 2. Dezember der Thron in den Dreck von Sedan stürzte, als Frankreich definitiv besiegt war, als im Jahre 1871 in Bordeaux die "Versammlung" zusammentrat und darauf wartete, nach Versailles zu ziehen, war die klerikale Partei kühner denn je. In sämtlichen der Heimat widerfahrenden Katastrophen trat sie als Herrin auf. Wer erinnert sich nicht der großspurigen Bekundungen der Jesuiten und ihrer unverschämten Drohungen in diesen letzten Jahren? Wie eines gewissen Paters Marquigny, der die zivile Bestattung der Grundsätze von '89 bekannt gab; oder de Belcastels, der Frankreich eigenmächtig dem Herzen Jesu weihte; der Jesuiten, die in Paris auf dem Montmartre eine Kirche errichteten und dieserart der Revolution spotteten; der Bischöfe, die Frankreich veranlaßten, Italien den Krieg zu erklären, um so die zeitliche Macht des Papstes wiederherzustellen. ..."

Den Grund für jene paradox erscheinende Situation erklärt sehr gut Gaston Bally: "Während jener verheerenden Katastrophe zogen sich die Jesuiten wie immer in ihr Loch zurück und ließen die Republik, so gut diese es vermochte, sich selber aus dem Schlamassel ziehen. Als aber die meiste Arbeit getan, unser Territorium von der preußischen Invasion befreit war, begann wieder die schwarze Invasion und "holte die Kastanien aus dem Feuer". Gerade bewegte sich das Land aus einem Alptraum, einem furchtbaren Schrecken heraus - und es war genau der richtige Moment, sich der von Panik ergriffenen Massen zu bemächtigen."

Doch ist es nicht das Gleiche wie nach jedem Kriege? Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß die römische Kirche von den großen öffentlichen Katastrophen stets profitiert hat; daß Tod, Elend und Leid aller Art die Massen dazu anstiften, in frommen Übungen nach trügerischem Trost zu suchen. Auf diese Art wird die Macht derer, die die Katastrophen ausbrechen ließen, durch die Opfer höchstselbst gestärkt, wenn nicht gar vergrößert. Was das betrifft, hatten die zwei Weltkriege die gleichen Folgen wie der Krieg von 1870/71.

Frankreich wurde damals eingenommen; als im Jahre 1873 ein den Bau einer Herz-Jesu-Basilika auf dem Montmartre erlaubendes Gesetz verabschiedet wurde, war es andererseits ein glanzvoller Sieg für die Societas Jesu. Diese, zweifellos in grausamer Ironie, als "nationaler Wunsch" beschriebene Kirche war im Begriff, den Triumph des Jesuitentums an der Stelle, wo es sein Dasein begonnen hatte, in Stein zu verewigen. ...

Ohne in irgendeiner Weise die Bedeutung der durch die zwei Kriege von 1870/71 und 1914 herbeigeführten Glaubensbewegung in Frankreich, die auch derart große Hoffnungen weckte, abschwächen zu wollen, müssen wir jedoch zugeben, daß diese Erweckung nicht die Tiefe, noch den Umfang hatte, die eine wirkliche religiöse Erneuerung haben würde. ...

Denn bereits damals bestand die Kirche Frankreichs nicht nur aus Tausenden von Ungläubigen und Gegnern, sondern auch aus einer großen Anzahl jener, die nur dem Namen und nicht der Überzeugung nach Katholiken waren. Es wurden religiöse Übungen abgehalten, nicht aus Überzeugung, sondern vielmehr aus der Gewohnheit heraus. ...

Kaum hatte es ihn getan, schien Frankreich den Verzweiflungsschritt, daß es eine katholische Mehrheit in die Nationalversammlung schickte, zu bereuen, denn fünf Monate später, bei den Ergänzungswahlen (nachträgliche Hinzuwahlen weiterer Mitglieder durch die bereits bestehenden) am 2. Juli des Jahres 1871 schwenkte es um! Das Land sollte an jenem Tage 113 Abgeordnete wählen. Absoluter Verlierer waren die Katholiken, und Sieger zwischen 80 und 90 Republikaner. Die ganzen den Bestimmungen des allgemeinen Wahlrechts folgenden Urnengänge hatten selbigen Charakter der republikanischen und antiklerikalen Opposition. Es wäre kindlich, so zu tun, als wären sie nicht Ausdruck der Meinungen und Wünsche der Gesellschaft."

Der von den großen, zur "Aufrichtung des Landes" organisierten Wallfahrten sprechende Abt Brugerette gibt zu, daß sie Ursache "einiger Irrtümer und Auswüchse" waren, die das Miß-

trauen der "Kirchengegner" hervorriefen.

"Für letztere werden die Wallfahrten von der Geistlichkeit organisierte Unternehmen zur Restauration (Wiederherstellung) von Monarchie und päpstlicher Macht in Rom sein. Und die von der Geistlichkeit zu diesen zwei Zielen vertretene Meinung wird die Vorwürfe vor der nichtreligiösen Presse rechtfertigen wollen und somit, wie wir später sehen werden, einen wesentlichen Anstoß zum Antiklerikalismus (Kirchenhaß) geben.

Ohne mit ihnen während der Jahre nach dem Kriege derart wieder zu neuem Leben erwachten religiösen Gewohnheiten zu brechen, wird, wie es Gambetta (Léon Gambetta, französischer Politiker, 1838-1882) brandmarkte, die französische Gesellschaft gegen diese "Priesterregierung" rebellieren. Tief im Innern hatte sich das französische Volk einen unbezwingbaren Instinkt des Widerstands gegen alles erhalten, was auch nur irgendwie nach Herrschaft der Kirche aussah. Generell liebte diese Nation die Religion, doch machte ihr das von der regierungsfeindlichen Presse wieder belebte Gespenst der "Theokratie" Angst. Die älteste Tochter der Kirche wollte keineswegs vergessen, daß sie auch die Mutter der Revolution war."

Und doch unternahm die Geistlichkeit indes, mit den Jesuiten an der Spitze, derartige Anstrengungen, um das französische Volk zu überreden, dem republikanischen Geiste abzuschwören!

"Da das Fallouxgesetz in Kraft trat, erweiterten die Jesuiten ihre Kollegien, wo sie die Kinder des herrschenden Bürgertums erzogen, und brachten ihnen offensichtlich keine große Liebe für die Republik bei. ..."

Die im Jahre 1845 von Pater d'Alzon (Emmanuel d'Alzon, 1810-1880) geschaffenen "Assumptionisten" (unter Unierten und Orthodoxen tätige Kongregation nach der Augustinerregel) wollten ihrerseits dem Volk den Glauben zurückgeben, den es verloren hatte. ..."

Es überrascht nunmehr nicht, daß diese Situation die republikanische Führung in die Defensive brachte. Ein im Jahre 1879 von Julius Ferry vorgeschlagenes Gesetz sah vor, die Geistlichkeit aus dem Bildungsrat, in den sie durch die Gesetze von 1850 und 1873 eingeführt worden war, zu entfernen sowie das alleinige Recht zur Verleihung von Lehrerdiplomen wieder den staatlichen Fakultäten zu übertragen. Zudem ist es nach Artikel 7 dieses Gesetzes "niemandem, der einer nicht zugelassenen Kongregation (Ordensgemeinschaft) angehört, gestattet, öffentlichen oder kostenlosen Unterricht zu erteilen."

Die Jesuiten werden in jenem berühmten Artikel 7 vor allen anderen angesprochen. Die Geistlichen des Dechanats (katholische Kirchenbezeichnung) Moret ... werden also erklären, sie seien "auf Seiten sämtlicher Religionsgemeinschaften, einschließlich der ehrwürdigen Patres der Societas Jesu. Sie zu schlagen,", schreiben sie, "hieße uns selbst schlagen. ..." Das Bekenntnis ist eindeutig.

Abt Bruguerette, der jene Passage schrieb, kennzeichnet den Widerstand der Katholiken gegen das, was er "heimtückischer Angriff" nennt, fügt aber hinzu:

"Nach wie vor ignoriert die Geistlichkeit das immense Voranschreiten des Laienstandes; sie hat bis heute nicht begriffen, daß sie infolge ihrer Ablehnung der Grundsätze von '89 nunmehr jeden entscheidenden Einfluß auf die Richtung der öffentlichen Gesinnung in Frankreich verloren hat."

Artikel 7 wird vom Senat abgelehnt, doch Julius Ferry beruft sich auf die bestehenden, die Kongregationen betreffenden Gesetze.

Infolgedessen enthält am 29. April 1880 das "Journal Officiel" (1848 gegründetes, offizielles Presseorgan der französischen Regierung") zwei Gesetze, die die Jesuiten zwingen, sich aufzulösen, sowie sämtliche nicht zugelassenen Männer- und Frauenkongregationen, sich innerhalb von drei Monaten die "Anerkennung und Zulassung ihrer Richtlinien und Rechtsstellung ..." einzuholen.

Unverzüglich organisiert man eine Bewegung des Widerstands; Debidour schreibt: "Die

schwer getroffene Kirche ist erregt". Nach dem 11. März brachten Leo XIII. (1810-1903) und sein Nuntius (Botschafter) ihren schmerz erfüllten Protest zum Ausdruck. ...

"Es ist nun an den Bischöfen, die Orden energisch zu verteidigen."

Die Söhne Loyolas wurden dennoch ausgewiesen. Doch lesen wir, was zu diesem Thema Abt Brugerette zu sagen hat: "Trotz allem hatten die Jesuiten, Spezialisten im Wiedereinstieg durch die Fenster, nachdem sie zur Tür hinausgeworfen wurden, ihre Kollegien bereits erfolgreich unter die Kontrolle von Laienbrüdern oder Weltgeistlichen (Geistliche, die nicht Mitglied eines Mönchsordens sind,) gebracht. Obwohl nicht in besagten Kollegien wohnend, konnte man sie zu bestimmten Tageszeiten kommen sehen, um Leitungs- und Kontrollaufgaben wahrzunehmen."

Den Betrug hatte man aber entdeckt und die Jesuitenkollegien schließlich geschlossen. Die Verordnungen vom Jahre 1879 wurden gegen 32 Kongregationen durchgesetzt, die sich weigerten, sich den rechtlichen Verordnungen zu unterwerfen. Vielerorts führte man die Ausweisung gegen den durch die Patres hervorgerufenen Widerstand der Gläubigen mittels Waffengewalt "manu militari" durch.

Nicht allein lehnten diese es ab, um eine rechtliche Genehmigung zu ersuchen, sondern auch, eine Verzichtserklärung über jeden Gedanken des Widerstands gegen die bestehende Ordnung zu unterschreiben; de Freycinet (Charles Louis de Saulces de Freycinet, französischer Politiker, 1828-1923), dem damaligen, sie begünstigenden, Präsident des Rates hätte dies genügt, um sie noch zu "tolerieren". Als sich die Orden dafür entschieden, die besagte förmliche Loyalitätserklärung zu unterschreiben, war der Schachzug hinfällig und de Freycinet zum Aufgeben gezwungen, denn er hatte versucht, die Übereinkunft gegen den Willen des Parlaments und seiner Kabinettskollegen auszuhandeln. ...

Es ist wiederum Abt Brugerette, der, nachdem er erklärt hatte, daß, was die Societas Jesu betrifft, das Regierungsziel erreicht wurde, auch zugibt:

"Von der Vernichtung der Ordensinstitution konnte keine Rede sein. Die weiblichen Kongregationen blieben unangetastet und die zugelassenen, für den Laien gefährlich wie die anderen, bestanden nach wie vor. Auch wußten wir, daß nahezu sämtliche infolge der Verordnungen vom Jahre 1880 aus ihren Häusern vertriebenen Männerkongregationen still und heimlich wieder in ihre Klöster zurückgekehrt waren."

Doch diese Ruhepause war von kurzer Dauer. Die Absicht des Staates, Steuern und Nachfolgerechte auf das Vermögen der kirchlichen Gemeinschaften zu erheben, löste unter diesen eine allgemeine Entrüstung aus, da, sich dem gemeinen Recht unterzuordnen, nicht ihre Absicht war.

"Die Widerstandsorganisation war ein Werk eines von den Patres Bailly (Vincent de Paul Bailly, 1832-1912), "Assumptionist", Stanislas, einem Kapuziner, und Le Doré, Superior (Oberer) der Eudisten (Ange Le Doré, 1834-1919) geleiteten Komitees. ... Den großen Eifer der Geistlichkeit erweckte Pater Bailly damals zu neuem Leben indem er schrieb: "Wie Sankt Laurentius (Diakon in Rom und Märtyrer, 1832-1912, wurde nach der Legende auf glühendem Rost zu Tode gefoltert) müssen die Mönche und Nonnen eher zu Streckbank und Daumenschrauben zurückkehren, als daß sie sich ergeben."

Wie durch Zufall war der Haupterwecker jenes "großen Eifers", Bailly, ein "Assumptionist" oder, genauer gesagt, ein getarnter Jesuit. Hinsichtlich Streckbank und Daumenschrauben hätten wir den guten Pater daran erinnern können, daß diese Folterinstrumente in der Tradition des Heiligen Stuhls stehen und nicht des republikanischen Staates.

Die Kongregationen zahlten am Ende doch - etwa die Hälfte ihres Besitzes - und, wie oben erwähnter Abt zugibt, "wurde dem Gedeih ihrer Arbeit kein Abbruch getan", was man sich gut vorstellen kann.

Wir können nicht ins Detail gehen hinsichtlich der Gesetze von 1880 und 1886, die dazu neig-

ten, die konfessionelle Neutralität der staatlichen Schulen abzusichern, diese "Säkularisierung", die für Toleranzler als selbstverständlich angesehen, von der römischen Kirche aber abgelehnt wird als abscheulicher Versuch des Gewissenszwanges, den sie doch stets für sich selbst beansprucht hat. Man konnte davon ausgehen, daß sie für dieses sogenannte Recht so heftig kämpfen würde wie für ihre finanziellen Privilegien.

Durch Verdammung bestimmter, Moral und bürgerlichen Unterricht behandelnder Schulbücher tritt im Jahre 1883 die vom Jesuitismus inspirierte Indexkongregation (katholische Zensurbehörde; 1571 errichtet, gingen 1917 ihre Befugnisse in das 1542 errichtete oberste Kurialamt über, das 1965 in die "Kongregation für die Glaubenslehre" umgewandelt wurde) in den Kampf ein. Die Angelegenheit ist selbstverständlich ernst zu nehmen: einer der Autoren, Paul Bert, wagte es zu schreiben, daß "dem kritischen Geiste" schon die Wunder-Idee "weichen muß!". Ergo verkünden mehr als fünfzig Bischöfe die Indexentscheidung mit schimpfenden Kommentaren, und einer von ihnen, Monsignore Isoard, erklärt in seinem Hirtenbrief vom 27. Februar des Jahres 1883, daß die Lehrer, die Eltern und die Kinder, die sich weigerten, besagte Bücher zu vernichten, von den Sakramenten ausgeschlossen würden.

Die Gesetze von 1886, 1901 und 1904, die besagen, daß von Mitgliedern religiöser Gemeinschaften keine Lehrtätigkeit ausgeübt werden könne, setzten für ihren Teil eine Protestflut seitens des Vatikans und der "französischen" Geistlichkeit in Gang. Wobei sich die unterrichtenden Mönche und Nonnen lediglich hätten "verweltlichen" müssen. Das einzig positive Ergebnis dieser rechtlichen Verfügungen war, daß die Professoren an den sogenannten "freien" Schulen ab sofort pädagogische Professionalisierung (eine berufliche Anerkennung als Pädagoge) nachweisen mußten, eine gute Sache, wenn wir wissen, daß vor dem letzten Kriege die katholischen Grundschulen in Frankreich 11.655 mit 824.595 Schülern zählten.

Was die "freien" Kollegien und insbesondere die der Jesuiten betrifft - wenn deren Zahl derzeit verringert würde, so infolge mehrerer Faktoren, die mit den Rechtsstreitigkeiten nichts zu tun haben. In der von der Mehrheit der Eltern bestätigten Überlegenheit des Hochschulunterrichts sowie seine Unverändertheit der letzten Zeit bestehen die Hauptgründe für dessen wachsende Beliebtheit. Die Gesellschaft Jesu hat die Zahl ihrer Schulen nunmehr übrigens freiwillig reduziert.<<

**Großbritannien:** Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1870-1871 (x807/827): >>(Großbritannien) ... Die Regierung erklärte (nach dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges) alsbald die Neutralität Großbritanniens, was sie aber nicht abhielt, die Ankäufe von Pferden, Kohlen, ja auch Waffen, welche Frankreich in Großbritannien vollzog, trotz der lebhaftesten Reklamationen seitens der deutschen Gesandtschaft zu gestatten; Granville berief sich darauf, daß die Gesetze des Landes ihm nicht erlaubten, gegen diese Ankäufe einzuschreiten.

Die öffentliche Meinung in Großbritannien stand zu Anfang des Krieges im großen und ganzen auf Seiten Deutschlands; aber seit der Gefangennahme Napoleons bei Sedan (2. September) neigte sich die Sympathie der französischen Republik zu, und vielfach verübelte man es Deutschland sehr, daß dasselbe nicht nach dem Sturz des Kaisertums den Krieg beendete, ohne für seine Verluste Entschädigung und für die Zukunft Garantien erlangt zu haben.

Freilich schadeten diese Antipathien Deutschland sehr wenig, da die Regierung wohl oder übel an ihrer Neutralität festhielt. Überhaupt verhinderten die militärische Schwäche und die diplomatische Isoliertheit Großbritanniens, die in den letzten Jahren immer deutlicher hervortraten, jeden Einfluß desselben auf die Friedensverhandlungen.

Die gesunkene Autorität Großbritanniens in Europa gab sich noch bei einer anderen Gelegenheit in demselben Jahr kund: als nämlich Rußland die Niederwerfung Frankreichs benutzte, um die Beseitigung der durch die Verträge von 1856 ausgesprochenen Neutralität des Schwarzen Meeres zu fordern, welche Großbritannien als eine besonders bedeutende Errun-

genschaft des Krimkrieges ansah.

Granville beantwortete die russischen Noten über diese Angelegenheit zuerst in ziemlich schroffem Ton, sah sich aber bald genötigt, da er auf die Unterstützung keiner anderen europäischen Macht rechnen konnte, nach dem Vorschlag des deutschen Reichskanzlers in London Konferenzen zur Beschlußnahme über die Pontusfrage abzuhalten. Dieselben wurden am 17. Januar 1871 eröffnet und endeten im wesentlichen mit einer Bewilligung der russischen Forderung, womit die englische Politik eine offenbare Niederlage erlitt. ...<<

**USA:** Die US-Regierung erweitert im Jahre 1870 die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika um den 15. Zusatzartikel (243/101): >>Die Vereinigten Staaten oder ein Einzelstaat dürfen das Wahlrecht von Bürgern nicht wegen deren Rasse, Hautfarbe oder wegen früheren Sklavenstandes vorenthalten oder einschränken.<<

Die Einwohnerzahl der USA beträgt im Jahre 1870 rund 38 Millionen Menschen (x262/223).

**Afrika:** Der britische Forscher David Livingston (1813-1873, unternimmt ab 1849 Entdeckungsreisen in Süd- und Mittelfrika) berichtet im Jahre 1870 über eine arabische Sklavenkarawane, die nach Sansibar unterwegs ist (x190/196): >>... Die ältesten unter ihnen waren Frauen im Alter von 22 bis 24 Jahren und es gab Jugendliche zwischen 18 und 19, doch zum überwiegenden Teil waren es Mädchen und Jungen, die zwischen 7 und vielleicht 14 oder 15 Jahren alt waren.

Ich glaube nicht, daß ich jemals einen fürchterlicheren Anblick gesehen habe, als diese Männer, Frauen und Kinder. Wenn ich sagen würde, sie wären ausgezehrt gewesen, würde es Ihnen keine Vorstellung davon geben, was menschliche Wesen hier durchmachen müssen. ...

Jeder hatte einen langen gegabelten Stock um den Hals, der 30 bis 40 Pfund wog und bis 7 Fuß lang war. Die Frauen waren auf brutalste Art gefesselt und aneinandergebunden und die kleinen Kinder ... (hatte man) mit Riemen an ihre Mütter gebunden.

Als wir den Pfad passierten, den die Sklaven gekommen waren, ... zeigte man mir eine Stelle in den Büschen, wo tags zuvor eine arme Frau, die zu erschöpft war, den Weg fortzusetzen und ihn wahrscheinlich verzögert hätte, von einem der Sklaventreiber mit der Axt erschlagen wurde. ...<<

Ein Angehöriger des Bapende-Stammes, der 1870 im Kongo lebt, berichtet über die ersten Begegnungen mit den europäischen Kolonisten (x239/178): >>Unsere Väter lebten behaglich in der Lualaba-Ebene. Sie hatten Vieh und Ackerfrüchte; sie hatten Salzbecken und Bananenbäume.

Plötzlich erblickten sie ein großes Schiff auf der See. Es hatte weiße Segel, die wie Messer blitzten. Weiße Männer kamen aus dem Wasser, die sprachen in einer Weise, die niemand verstand.

Unsere Ahnen fürchteten sich. Sie sagten, das seien Vumbi (Geister), die zur Erde zurückkämen. Sie trieben sie mit Pfeilschauern in die See zurück. Aber die Vumbi spien mit Donnergetöse Feuer. Sehr viele Menschen wurden getötet. Unsere Ahnen flohen.

Die Häuptlinge und Seher sagten, daß diese Vumbi früher die Besitzer des Landes waren. Unsere Väter verließen die Lualaba-Ebene, weil sie eine Rückkehr des Schiffs ... fürchteten. ...

Das große Schiff kam zurück, und wieder erschienen weiße Männer. Sie fragten nach Hühnern und Eiern; sie gaben Kleider und Perlen. Wieder kamen die Weißen zurück. Sie brachten Mais und Maniok, Messer und Beile, Erdnüsse und Tabak.

Von dieser Zeit bis heute haben die Weißen uns nichts als Krieg und Elend gebracht. Nach Luanda brachten sie Erdnüsse, Mais und Maniok und zeigten uns, wie sie angebaut werden. ...<<